

Elitentransformation und Elitenkonflikt in Frankreich 1848/49

Best, Heinrich

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Best, H. (1983). Elitentransformation und Elitenkonflikt in Frankreich 1848/49. *Historical Social Research*, 8(1), 44-75.
<https://doi.org/10.12759/hsr.8.1983.1.44-75>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

ELITENTRANSFORMATION UND ELITENKONFLIKT IN FRANKREICH 1848/49

Heinrich Best⁺

What was the impact of revolutionary change on the distribution of political power and the access to political power? In which ways and to what extent social, cultural, and regional cleavages structured the process of party formation in the French National Assembly? Can the conflict between right-wing and left-wing representatives be described as a conflict between an established power-elite and a revolutionary counter-elite? These questions are to be settled by an analysis of biographical and roll-call data of the 910 representatives of the French National Assembly in 1848/49.

I Theoretisch Vorüberlegungen und Problemstellung

Der Zusammenhang zwischen gesellschaftlichem Wandel und der Transformation von Führungsgruppen ist der gemeinsame Bezugspunkt moderner Elitentheorien. Die erste systematische und bislang wirkungsmächtigste Untersuchung, in der Veränderungen auf beiden Systemebenen konzeptuell miteinander verbunden wurden, ist das unter der Leitung von Harold D. Lasswell und Daniel Lerner in den 1940er Jahren durchgeführte RADIR-Projekt. (1) Kerngedanke ihres unter dem Namen Entwicklungskrisentheorie bekannt gewordenen Ansatzes ist, "daß die Eliten-Transformation im wesentlichen aus den Funktionsbedürfnissen sozialpolitischer Systeme in historisch je spezifischen Krisensituationen" erklärt werden könne. (2) Als Auslöser von Entwicklungskrisen gelten rapide Veränderungen der Produktionsweise im Gefolge der Industrialisierung, Wandlungen des internationalen Machtgefüges und Perioden verschärfter außenpolitischer Spannungen. Transformationen von Führungsgruppen vollziehen sich in diesem Rahmen als "Verdrängung einer herrschenden Elite durch eine Gegenelite ... , die ihrerseits aus den 'leaders of the counterclass' besteht, also aus der Führungsspitze der mit den bestehenden politischen und sozialen Verhältnissen unzufriedenen Sozialgruppen". (3) Es ist offensichtlich, daß dieses Konzept im Hinblick auf Regime mit einer mehr oder weniger monistischen Machtstruktur formuliert wurde, in denen sich tiefgreifende Wandlungen der Machtverteilung nur im Gefolge revolutionärer Umwälzungen vollziehen können. Für Systeme mit einem offeneren Zugang zu Elitepositionen wurden in der Folgezeit andere Prozesse allmählicher Umschichtung und Differenzierung von Führungsgruppen unterstellende Erklärungsmodelle vorgeschlagen. (4) Zur Untersuchung des Elitenaustauschs in revolutionären Situationen gilt die Entwicklungskrisen-

⁺ Address all communications to: Heinrich Best, Institut für angewandte Sozialforschung, Greinstraße 2, D-5000 Köln 41

theorie und hier insbesondere das Konzept der Gegenelite jedoch weiterhin als bewährt und fruchtbar. Hinzu kommt, daß in den meisten Elitentheorien der Wandel in der Auswahl politischer Führer und das Auftreten neuer politischer Eliten eine zentrale Rolle spielen. (5)

Im folgenden werden wir die Entwicklungskrisentheorie zur Erklärung der Elitentransformation und der Formierung von Fronten des Elitenkonflikts im Frankreich der Jahre 1848/49 verwenden. Die Entscheidung für diesen Ansatz ist in den spezifischen historischen Bedingungen des Untersuchungszeitraums begründet. Zwar läßt sich die Julimonarchie schwerlich als ein politisches System mit monistischer Machtstruktur kennzeichnen - trotz vielfältiger Anstrengungen gelang es der Regierung nie, die oppositionellen Kräfte zu kontrollieren, ja sie auch nur aus der Kammer zu verdrängen - doch war der Zugang zu Spitzenpositionen im Staatsdienst Anhängern der Regimes vorbehalten und ein rigider Zensus gewährt nur 0,7 % der Bevölkerung das passive und einem noch geringeren Teil das aktive Wahlrecht. (6) Wahlgesetz und restriktive Regierungspraxis blockierten also für die Masse der Bevölkerung den Zugang zu politischen und administrativen Spitzenpositionen und verhinderte die freie Austragung von Interessen- und Wertgegensätzen zwischen den differenzierten gesellschaftlichen Sektoren.

Die Februarrevolution des Jahres 1848 veränderte die äußeren Bedingungen der Elitenrekrutierung grundlegend. Die als provisorische Staatsspitze etablierte Exekutivkommission unter Lamartine ersetzte die exponierten politischen Machtträger der Julimonarchie durch loyales Personal, bei der Wahl zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung wurde das allgemeine Männerstimmrecht angewendet. (7) Damit erhielten erstmals Vertreter bislang benachteiligter Sozialgruppen die Chance des Zugangs zu Spitzenpositionen und die konkurrierenden politisch-ideologischen Kräfte in der französischen Gesellschaft ein Forum für den öffentlichen Konfliktaustrag.

Mit einer Analyse des Sozialprofils, der Karrierewege und des Abstimmungsverhaltens der Abgeordneten der Nationalversammlung wollen wir überprüfen, ob sich nach der Zäsur der Februarrevolution die Neuformierung der "politischen Klasse" Frankreichs tatsächlich als "Krisenrekrutierung" unter fundamental gewandelten Bedingungen der Auswahl des Führungspersonals vollzog. In diesem Zusammenhang wird uns insbesondere die Frage interessieren, ob und inwieweit die Konflikte zwischen politischen Lagern im Parlament als Auseinandersetzungen zwischen Exponenten einer "traditionellen" Elite, die überkommene Werte und materielle Privilegien repräsentierten, und einer "Gegenelite", die als Vertreterin bislang benachteiligter Sozialkategorien fungierte, ausgetragen wurden. Als Bestätigung für die Tragfähigkeit des Konstrukts der "Gegenelite" würde ein Befund gelten, der eine nach sozialer Herkunft, Ausbildung, Beruf, Karriereweg und politischem Verhalten klar von den traditionellen Machtträgern unterscheidbare Gruppierung in der Nationalversammlung erkennen ließe.

Wir haben unsere Untersuchung aus forschungstechnischen und konzeptuellen Gründen auf parlamentarische Führungsgruppen beschränkt. Zum einen sind die biographischen Daten von Abgeordneten im Vergleich zu anderen Segmenten politischer Führungsgruppen unterhalb der Kabinetts-ebene relativ leicht und für den Kern sozialdemographischer Merkmale auch mit annähernder Vollständigkeit zu gewinnen. Zum anderen besitzt

zen wir in den namentlichen Abstimmungen eine einzigartig reichhaltige und vollständige Datenquelle zur Erforschung von politischen Orientierungen und Verhalten von Parlamentariern. Werden Entscheidungen im legislativen Prozeß nicht durch Fraktionsdisziplin und konstante Koalitionsbindungen festgelegt, dann eröffnet die serielle Analyse von Abstimmungen die Möglichkeit, latente Determinanten des Abstimmungsverhaltens wie Interessenbindungen, ideologische Fixierungen und taktische Kalküle aufzufinden. (8)

Hinzu kommt, daß sich in der Struktur parlamentarischer Führungsgruppen deutlicher und vollständiger als bei anderen politischen Machtträgern die national und historisch spezifischen Konstellationen und Ausprägungen gesellschaftlicher Spannungslinien manifestieren. In kompetitiven politischen Systemen bilden Parlamente eine Schnittstelle verschiedener Segmente des Elitensystems, ein mixtum compositum von Vertretern konkurrierender Anspruchsgruppen, und der Bereich von Entscheidungen, in die Parlamente involviert sind, ist außergewöhnlich weit gefaßt und heterogen. (9)

Fragen nach der Kontinuität und dem Wandel der Struktur politischer Führungsgruppen im Frankreich der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts sind wir bereits in anderem Zusammenhang nachgegangen. (10) In einer Längsschnittuntersuchung haben wir das Ausmaß und die Richtung der Elitentransformation im Jahr 1848 mit den Umschichtungen der Kammern während der Julimonarchie und in der Zäsur des Jahres 1830 verglichen. Die Ergebnisse zeigen eine überraschende Stabilität des Einflusses traditioneller Führungsgruppen nach der Februarrevolution. Zwar verfügte nur etwas mehr als 1/5 der Abgeordneten der Verfassungsgebenden Nationalversammlung über Erfahrungen als Deputierte oder Regierungsmitglieder der Vorgängerregimes, doch konnte nachgewiesen werden, daß dieser Wandel nicht auf eine Säuberung, sondern überwiegend auf die Verdopplung der Zahl der Parlamentssitze in der Nationalversammlung zurückzuführen ist. Zudem erhöht sich der Anteil der Abgeordneten, die vor der Februarrevolution politische Funktionen ausgeübt hatten, auf über 50 %, wenn wir Ämter auf der Ebene lokaler und regionaler Selbstverwaltungen in die Untersuchung einbeziehen. Bei der Besetzung politischer Positionen der 2. Republik vermochten die Überlebenden der Julimonarchie erfolgreich mit den Abgeordneten zu konkurrieren, die vor 1848 keine politischen Funktionen ausgeübt hatten; in den Schlüsselausschüssen der Nationalversammlung (Verfassungsausschuß, Finanzausschuß) waren sie sogar überproportional stark vertreten.

Die Analyse des sozialen Hintergrundes der Abgeordneten bestätigt das Bild überraschender Kontinuität nach der tiefgreifenden Veränderung der politischen Rahmenbedingungen im Gefolge der Februarrevolution. Die Berufsgruppen, aus denen sich die Nationalversammlung rekrutierte, die Altersstruktur der Abgeordneten und ihre enge Bindung an die Departements, in denen sie gewählt worden waren, hatten sich gegenüber der letzten Kammer der Julimonarchie kaum geändert. Lediglich der deutliche Rückgang des Anteils adeliger Abgeordneter deutet auf eine Verschiebung politischer Einflußchancen in den obersten Segmenten der französischen Gesellschaft hin. Doch dieser Befund vermag nicht das Hauptergebnis der Untersuchung zu korrigieren: die unerwartete Fähigkeit der politischen Klasse Frankreichs, ihre Positionen auch nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechts und in einer Phase erhöhter sozialer Spannungen zu konservieren. Offenbar war das Geflecht von Abhängigkeiten und Loyalitäten, das die Masse der Bevölke-

rung in der Provinz an die regionalen Machtträger band, so eng, elastisch und dauerhaft, daß das Ausmaß der Elitentransformation im Gefolge der Krise des Jahres 1848 begrenzt blieb.

Während bisher die Zirkulation parlamentarischer Führungsgruppen ohne Bezug auf ihre Verhalten im legislativen Prozeß betrachtet wurde, wollen wir im folgenden untersuchen, ob und inwieweit sich die politischen Lager in der Nationalversammlung nach sozialer Herkunft, Art der Bindung an das Elektorat und Karriereverläufen unterscheiden. Sollte dabei ein Zusammenhang zwischen den Wandlungen und Ausprägungen von Spannungslinien der französischen Gesellschaft um die Mitte des 19. Jahrhunderts und der Formierung von Fronten des Elitenkonflikts im Parlament erkennbar werden, würde dies eine Deutung im Rahmen der Entwicklungskrisentheorie nahelegen. Dies gilt insbesondere, wenn eine Gruppierung im Parlament mit den Eigenschaften einer Gegendelite identifiziert werden könnte.

Die Unterschung wird sich in drei Schritten vollziehen:

1. werden wir überprüfen, ob sich die politischen Lager in der Nationalversammlung aus unterschiedlichen Gesellschaftsformationen rekrutierten. Dabei werden wir zwei Dimensionen der Soziallage von Abgeordneten unterscheiden: zum einen ihren Situs, d.h. ihre Stellung im System gesellschaftlicher Arbeitsteilung unter funktionaler Perspektive - hier erfaßt über die Berufsvariable -, zum anderen ihren Status, d.h. ihre Position in einem System gesellschaftlicher Über- und Unterordnungen, hier erfaßt durch die Variablen Schicht und Zugehörigkeit zum Adel. Weiterhin werden wir untersuchen, inwieweit sich die intra- und intergenerationale Mobilität bei Abgeordneten mit abweichenden politischen Orientierungen voneinander unterscheiden;
2. werden wir die politischen Erfahrungen der Abgeordneten vor der Februarrevolution über die politischen Lager hinweg vergleichen. In diesem Analyseschritt werden wir die Variablen "politische Verfolgung vor 1848", "politische Funktionen des Abgeordneten vor 1848" sowie die Art und Dauer der Zugehörigkeit der Abgeordneten zum Staatsdienst einbeziehen;
3. werden wir untersuchen, inwieweit regionale Bezüge auf das Verhalten der Abgeordneten einwirkten. In einem ersten Schritt werden wir die regionale Verteilung der Abgeordneten unterschiedlicher Couleur und die Intensität ihrer Bindungen an die Wahldepartements analysieren, in einem zweiten Schritt werden wir untersuchen, wie die ökonomischen und sozialen Strukturen der Wahldepartements mit den politischen Orientierungen der Abgeordneten zusammenhängen, d.h. welche Typen von Departements tendenziell linke, und welche rechte Repräsentanten entsandten.

Die drei hier skizzierten Analyseschritte wurden aus unterschiedlichen, aber sich nicht gegenseitig ausschließenden theoretischen Annahmen über den Prozeß der Genese und Vermittlung politischer Orientierungen abgeleitet, die wir bei anderer Gelegenheit bereits ausführlicher diskutiert haben:(11)

1. einem interessentheoretischen Ansatz, der politisches Handeln durch das Streben nach aktuellen Vorteilen in Verteilungskämpfen um Macht, Reichtum und Prestige gesteuert sieht;

2. einem sozialisationstheoretischen Ansatz, der unterstellt, daß politische Orientierungen im Verlauf der politischen Sozialisation und Selektion durch wertevermittelnde Instanzen und Erfahrungen im Karriereverlauf geprägt werden, und

3. einem repräsentationstheoretischen Ansatz, der eine enge Rückbindung parlamentarischen Entscheidungshandelns an die Orientierungen der Wählerschaft annimmt.

Wir werden im folgenden überprüfen, in welcher Weise und in welchem Ausmaß die hier skizzierten Formen der Genese und Vermittlung politischer Orientierungen im Verlauf der Formierung von Konfliktfronten in der Nationalversammlung zum Ausdruck kamen.

II DATEN UND METHODEN

Eine ungebrochene parlamentarische Tradition, die relativ späte Etablierung organisatorisch verfestigter Massenparteien und ein persönlichkeitsbezogenes Wahlrecht haben in Frankreich ein stetiges Interesse der Öffentlichkeit am sozialen Hintergrund und dem Werdegang von Abgeordneten begünstigt. Das über Zeit gesammelte umfangreiche Wissen zum Personal der Parlamente ist in zwei biographischen Handbüchern dokumentiert, die den gesamten Zeitraum von 1789 bis in die IV. Republik abdecken.(12) Sie enthalten eine Fülle meist zuverlässiger und relativ standardisierter Daten für parlamentssoziologische Untersuchungen in historische Perspektive. Zwar ist es methodisch immer prekär, "vorgefundene" Materialien zu verwenden, deren Erhebungsprogramm dem jeweiligen theoretischen Bezugsrahmen nicht maßgerecht angepaßt ist, doch sind die Sammlungen von Abgeordnetenbiographien im gegebenen Fall so informativ, daß sie trotz der Vorauswahl von Merkmalen durch die Bearbeiter der Handbücher die oben skizzierten Forschungsfragen weitgehend abdecken. Zudem wären bei einer puristischen Anwendung des Gebots ausschließlich theoriegesteuerter Indikatorenauswahl soziologische Untersuchungen in größerer zeitlicher Tiefe ebenso wie Sekundäranalysen bereits vorliegender Forschungsdaten unmöglich.

Die von Adolphe Robert und Gaston Cougny rekonstruierten Biographien der Abgeordneten zur Französischen Nationalversammlung 1848/49 enthalten - mit allerdings variierender Erfassungstiefe - Informationen über soziale und regionale Herkunft und Mobilität, über Ausbildungsgang und politische Karrieren, über Mitgliedschaften in Ausschüssen und die 1848/49 ausgeübten politischen Ämter der Abgeordneten der Nationalversammlung. Auf der Grundlage dieser Daten sollte es möglich sein, eine "Gegenelite" mit einem deutlich von den traditionellen Machträgern unterscheidbaren Profil zu identifizieren, wenn es sie tatsächlich gegeben hat.

Schwieriger ist die Identifizierung politischer Lager, da sich im Gegensatz zur Frankfurter Paulskirche in der Französischen Nationalversammlung keine Fraktionen mit abgrenzbarer Mitgliedschaft formierten. Die bekannten Réunions der rue de Castiglione ("Montagnards"), der rue de Poitiers ("parti de l'ordre") und des Palais National ("gemäßigte Republikaner") entwickelten keine verfestigten Organisationsstrukturen und agierten mit geringer Publizität hinter den Kulissen. Zudem flukturierten viele Abgeordnete zwischen den Réunions der rue de Poitiers und der des Palais National.(13)

Ephemere Organisationsstrukturen sind allerdings nicht gleichzusetzen mit Machtlosigkeit. So bemerkte Adolphe Thiers über die von ihm dirigierte Réunion der rue de Poitiers, daß sie sein hauptsächlichstes Instrument zur Beeinflussung der Nationalversammlung gewesen sei. Durch ihren Zusammenhalt, ihre Disziplin und die Kompetenz ihrer Mitglieder sei es ihr gelungen, auch den desorientierten und unerfahrenen Rest der Abgeordneten auf dem rechten Flügel zu koordinieren. (14) Tatsächlich vereinigte die Réunion der rue de Poitiers Orléanisten, Legitimisten und "Konservative" ohne eindeutige Bindung an einen der beiden Zweige des französischen Königshauses in ihrer gemeinsamen "phobie du rouge" und dem Willen zur Verteidigung der bestehenden Sozialordnung. Die Angaben über Teilnehmerzahlen schwanken zwischen 300 und 400 (15), was angesichts einer durchschnittlichen Anwesenheit von 660 Abgeordneten bei namentlichen Abstimmungen darauf hindeutet, daß eine knappe Mehrheit der Mitglieder der Nationalversammlung mit der Réunion der rue de Poitiers verbunden war. Dürftiger sind die Angaben über die Versammlungen der "gemäßigten Republikaner" im Palais National, was wohl auch darauf zurückzuführen ist, daß ab Juli 1848 über weitere Zusammenkünfte nicht mehr berichtet wird. Nach den vorliegenden Quellen haben sich maximal 256 Abgeordnete beteiligt, eine Zahl, die angesichts der Fluktuation zwischen der rue de Poitiers und dem Palais National keineswegs den Schluß auf die Existenz einer starken und geschlossenen Mitte in der Nationalversammlung zuläßt. (16) Die radikale Linke löste sich nach den Aufständen im Mai und Juni 1848 von der Gruppe der gemäßigten Republikaner. Im November 1848 formierte sich die Bergpartei (Montagne) offiziell unter der Führung von Ledru-Rollin. Ihr Manifest unterschrieben zwar nur 56 Abgeordnete, doch dokumentieren die Quellen und auch einzelne Abstimmungsergebnisse, daß ihr parlamentarischer Anhang über diese Kerngruppe hinausreichte und bis zu ca. 100 Mitglieder der Nationalversammlung umfaßte. (17) Die Teilnahme einer großen Zahl von Abgeordneten an den Réunions ist trotz ihrer ephemeren Organisationsstrukturen und fluktuierender Mitgliedschaften ein deutlicher Hinweis auf die allmähliche Formierung politischer Lager mit koordiniertem Abstimmungsverhalten in der Nationalversammlung. Um so bedauerlicher ist es, daß eine systematische Analyse der Zugehörigkeit zu diesen "Protofraktionen" unmöglich ist, da Teilnehmerlisten nicht überliefert sind. Die verstreuten und vereinzelter Hinweise auf Affiliationen von Abgeordneten reichen zu einer Rekonstruktion nicht aus. Dieser Umstand hat eine Reihe von Forschern dazu veranlaßt, von den Orientierungen der Abgeordneten im Vorfeld des Zusammentritts der Nationalversammlung auf ihre politischen Positionen nach dem Mai 1848 zu schließen. (18) Zu diesem Zweck wurden Urteile zeitgenössischer Beobachter, die Wahlkampfklärungen der Kandidaten (professions de foi) und Informationen über das Verhalten der ehemaligen Parlamentsmitglieder in den Kammern der Julimonarchie ausgewertet. Die Problematik dieses Vorgehens ist offensichtlich angesichts des funktionalen Charakters der professions de foi und des zweifelhaften Wertes nicht nachprüfbarer und oftmals parteiischer Einschätzungen durch die Publizistik. So hat die große Zahl vermeintlicher oder tatsächlicher Konversionen von Monarchisten zum Republikanismus nach der Februarrevolution ("républicains du lendemain") bereits Zeitgenossen zu sarkastischen Kommentaren provoziert. (19) Als Hauptargument gegen diese Art des Vorgehens läßt sich jedoch anführen, daß von den Positionen der Ab-

geordneten im Vorfeld des Zusammentritts der Nationalversammlung kein sicherer Schluß auf ihr späteres Verhalten im Parlament möglich ist. Tatsächlich waren viele Mandatsträger zunächst nicht eindeutig festgelegt und suchten erst unter dem Eindruck aktueller Ereignisse und des Einflusses prominenter Kollegen den Anschluß an eines der sich allmählich formierenden politischen Lager. Dieser Sachverhalt entwertet auch eine auf den ersten Blick vielversprechende Quelle, mit deren Hilfe George W. Fasel versucht hat, die Stärke der gemäßigten Republikaner in der Nationalversammlung zu ermitteln.(20) Er wertete die Kandidatenlisten aus, die ein Anfang März 1848 gebildeter Wahlausschuß der Reformisten um die Zeitung "le National" verbreitete. Ein Vergleich dieser Wahlvorschläge mit den tatsächlichen Wahlergebnissen zeigt zwar, daß 378 Sitze gemäß den Vorstellungen des Zentralaussschusses vergeben worden waren, bei vielen dieser Abgeordneten handelte es sich jedoch, wie bald deutlich wurde, keineswegs um eingeschworene Anhänger eines gemäßigten Reformprogramms: Jeweils etwa 50 der Gewählten stimmten von Anfang an entweder mit der extremen Linken oder den Konservativen in der Nationalversammlung. Die restliche Gruppe gemäßigter Republikaner verteilte sich im weiteren Verlauf des Prozesses der allmählichen Polarisierung der Nationalversammlung auf eines der beiden rivalisierenden Lager.

Unter diesen Umständen überrascht es, daß die Forschung bislang fast völlig die namentlichen Abstimmungen vernachlässigt hat, eine Quelle, die zuverlässiger und differenzierter als alle anderen über die politischen Positionen der Abgeordneten in der Nationalversammlung und ihre Veränderung im Verlauf der Jahre 1848/49 informiert.(21) Dies war bereits den Zeitgenossen bewußt, die angesichts ephemerer und fluktuierender Fraktionsstrukturen das Abstimmungsverhalten kontinuierlich beobachteten und bewerteten. Die Abgeordneten beeilten sich dann auch nicht zufällig, nach prekären Entscheidungen ihre Haltung in der Presse zu begründen oder mitzuteilen, wenn - was häufig geschah - ihre Stimmabgabe vom Büro der Nationalversammlung falsch registriert worden war.(22) Insgesamt fanden während der Sitzungsperiode der Nationalversammlung 259 namentliche Abstimmungen statt. Dieser Abstimmungsmodus wurde nach der Geschäftsordnung dann angewendet, wenn mindestens 15 Abgeordnete einen entsprechenden Antrag unterstützten. Die Parlamentsprotokolle weisen aus, daß von dieser Option nahezu wahllos und selbst bei aus heutiger Sicht "unwichtigen" Entscheidungen Gebrauch gemacht wurde. Für die Forschung hat dieses Verhalten die erfreuliche Folge, daß keine rigide Vorauswahl nach bestimmten Abstimmungsgegenständen befürchtet werden muß. Vielmehr kann unterstellt werden, daß politische Konfliktlinien und Prozesse der Formierung parlamentarischer Gruppierungen in den Daten weitgehend unverzerrt dokumentiert sind. Obligatorisch waren namentliche Abstimmungen bei allen unmittelbar ausgabenwirksamen Beschlüssen. Vereinzelt kam es vor, daß der Präsident der Nationalversammlung über einen beliebigen Gegenstand namentlich abstimmen ließ, um die Beschlußfähigkeit der Verammlung festzustellen. Tabelle 1 stellt dar, wie sich die Gesamtzahl der namentlichen Abstimmungen auf die nach der Geschäftsordnung vorgesehenen Gründe der Veranlassung verteilten.(23)

Tabelle 1: Die Verteilung namentlicher Abstimmungen auf verschiedene Gründe der Veranlassung

Antrag durch Abgeordnete:	198
Ausgabenwirksamer Beschluß:	58
Feststellung der Beschlußfähigkeit:	3
Insgesamt:	259

Die große Zahl namentlicher Abstimmungen hat uns veranlaßt, den Erhebungsaufwand durch Auswahlverfahren zu reduzieren: bei einer Vollerhebung wäre eine Datenmatrix von über 237.000 Zellen erzeugt worden. Diese Entscheidung ist jedoch methodisch nicht unproblematisch. Die Frage, ob eine repräsentative Auswahl von Indikatoren analog der Zufallsauswahl von Untersuchungseinheiten zulässig sei, wird in der Literatur kontrovers diskutiert. (24) Als gewichtigstes Argument wurde von den Gegnern dieses Vorgehens vorgebracht, daß ein nur theoretisch bestimmtes Indikatorenuniversum keine geschlossene Grundgesamtheit im statistischen Sinne darstelle und damit eine zentrale Voraussetzung für die Anwendbarkeit eines wahrscheinlichkeitstheoretischen Auswahlkalküls unerfüllt bleibe. Dieser Vorbehalt greift jedoch nicht in der gegebenen Forschungssituation: Die für den Untersuchungszeitraum dokumentierten namentlichen Abstimmungen bilden ein wohlabgegrenztes Universum, dessen Elemente eine berechenbare Wahrscheinlichkeit haben, in eine Stichprobe zu gelangen. Hier ist also der in der Sozialforschung eher seltene Fall einer großen, aber geschlossenen Menge gleichartiger Indikatoren gegeben. Für die Zulässigkeit einer Auswahl von Indikatoren analog der Auswahl von Fällen spricht bei der Abstimmungsanalyse zusätzlich die hier übliche Transponierung der Datenmatrix: Fälle (Abgeordnete) werden dann als Variablen und Variablen (Abstimmungen) als Fälle behandelt. (25)

Als Stichprobenverfahren haben wir die systematische Auswahl mit Zufallstart angewendet. Die Gründe für diese Entscheidung wurden bei anderer Gelegenheit ausführlicher dargestellt. Hier sei nur darauf hingewiesen, daß bei einer Zufallsauswahl im Gegensatz zu allen anderen Verfahren der Datenreduktion bei Abstimmungsanalysen das Untersuchungsfeld kaum beeinträchtigt wird und eine Rekonstruktion legislativen Verhaltens über die gesamte thematische Breite parlamentarischen Entscheidungshandelns möglich bleibt. (26)

III 'ROUGE ET NOIR' IN DER FRANZÖSISCHEN NATIONALVERSAMMLUNG 1848/49

Auf der Basis der 86 in die Stichprobe aufgenommenen namentlichen Abstimmungen haben wir Skalen gebildet, die eine Lokalisierung der Abgeordneten auf verschiedenen Politikdimensionen ermöglichen sollen. Dabei sind wir davon ausgegangen, daß in Parlamenten mit ungefestigten Fraktionsstrukturen unterschiedliche Kalküle und Prädispositionen der Abgeordneten in variierenden Konstellationen auf das Abstimmungsverhalten einwirken. Dies schließt die Anwendung von Skalierungsverfahren aus, die Eindimensionalität der verwendeten Indikatoren voraussetzen. Demgegenüber hat sich die Faktorenanalyse als Methode zur Isolierung und Gewichtung der verschiedenen Komponenten des Abstimmungsverhaltens bewährt. (27) Mit den Faktorwerten liefert

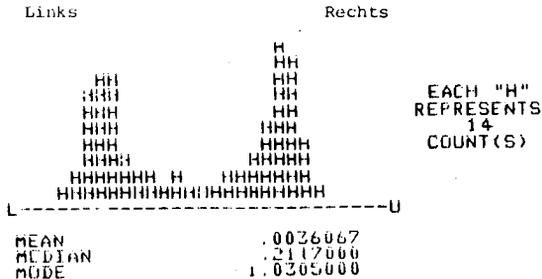
sie zugleich fallbezogene Indizes zur Bestimmung der politischen Orientierungen von Abgeordneten auf den zuvor identifizierten Politikdimensionen.

Eine Faktorenanalyse (oblique Lösung) der 86 in die Zufallsauswahl aufgenommenen namentlichen Abstimmungen weist 13 Faktoren aus; ein Ergebnis, das unsere Prämisse der Mehrdimensionalität parlamentarischen Entscheidungshandelns für die französische Nationalversammlung zunächst bestätigt. Allerdings wurde das Abstimmungsverhalten durch einen Hauptfaktor strukturiert, der mit einem Varianzbeitrag von 21 % eindeutig dominiert, während die Werte für die nachfolgenden Faktoren bei maximal 3 % liegen. Eine Betrachtung der Faktorenladungen des Hauptfaktors in der Zeitfolge der Abstimmungen läßt erkennen, daß sich die Konfliktfronten in der Nationalversammlung erst in einem allmählichen Prozeß der Aggregation und Differenzierung politischer Lager formiert haben. Dabei können zwei Phasen unterschieden werden: Im Zeitraum von Zusammentritt der Nationalversammlung bis Ende Januar 1849 war das Abstimmungsverhalten durch "ad-hoc-Koalitionen" in verschiedenen Politikbereichen gekennzeichnet, während im Zeitraum zwischen dem Februar 1849 und der Auflösung der Nationalversammlung Ende Mai 1849 37 von 49 Abstimmungen mit Werten von über 0,5 auf dem Hauptfaktor laden. "Ad-hoc-Koalitionen" bildeten sich unter anderem bei Abstimmungen über einzelne Etatkürzungen, über den Katalog und die Reihenfolge der Behandlung von Durchführungsgesetzen zur Verfassung, über zolltechnische Fragen, über einzelne sozialpolitischen Initiativen und über Maßnahmen zur Abwehr revolutionärer Umsturzversuche. Demgegenüber wird ab Anfang Februar 1849 eine Konfliktfront erkennbar, die über wechselnde Politikbereiche hinweg stabil blieb. Zwar ist schon ab Ende Oktober 1848 bei einzelnen Entscheidungen die später vorherrschende Konstellation politischer Lager zu beobachten (Abstimmung über die Dringlichkeit der Behandlung des Wahlgesetzes, 27. Oktober 1848; Abstimmung über ein Projekt des Erziehungsministers zur Primarschulausbildung, 4. Januar 1849), doch setzte sie sich erst ab Anfang Februar in ganzen Serien von Abstimmungen durch.

An diesem Punkt stellt sich die Frage nach den Ursachen für die Entstehung einer relativ stabilen Konfliktfront anstelle der zuvor fluktuierenden Binnenstrukturen in der Nationalversammlung. Bereits die Zeitgenossen haben den Prozeß der Fusionierung eines "parti de l'ordre" beschrieben, der Legitimisten, Orléanisten und "Konservative" ohne feste Bindung an einen der beiden Zweige des französischen Königshauses zu einer Koalition vereinigte. Karl Marx datierte seine endgültige und offizielle Formierung auf die Zeit nach der Wahl von Louis-Napoléon Bonaparte zum Präsidenten der Republik. (28) Dieses Ereignis zwang zur Vertagung der Restauration der Monarchie und schuf mit der vorläufigen Aussetzung dynastischer Rivalitäten die Voraussetzung für ein kontinuierliches Zusammenwirken der verschiedenen Kräfte des rechten Flügels. Auf der anderen Seite schienen die Niederlage des als Favorit der gemäßigten Republikaner angetretenen General Cavaignac und die Wahl eines Kandidaten, dessen republikanische Prinzipientreue mit guten Gründen bezweifelt werden konnte, die Errungenschaften der Februarrevolution und die Anwendung der neuen Verfassung zu gefährden. Diese Bedrohung ließ auch auf dem linken Flügel die zuvor rivalisierenden Gruppierungen zusammenrücken. Insofern begünstigte die Wahl von Louis-Napoléon Bonaparte einen Prozeß der Polarisierung in zwei politische Lager und die

Formierung stabiler Konfliktfronten entlang einer rechts-links Dimension. Die gemäßigten Republikaner waren das Opfer dieser Entwicklung. Sie wurden zwischen den Konfliktfronten aufgerieben und von den beiden sich in der Nationalversammlung gegenüberstehenden Lagern absorbiert.

Abbildung 1: Verteilung der Abgeordneten der Nationalversammlung auf der Rechts-Links-Skala



Die in Abbildung 1 dargestellte Verteilung der Faktorwerte des bei der Analyse des Abstimmungsverhaltens ermittelten Hauptfaktors illustriert eindrucksvoll den Prozeß der Polarisierung des Konfliktfeldes in der Nationalversammlung nach dem Februar 1849. Die Verteilungsform ist eindeutig bimodal, der Bereich um den Mittelwert nur schwach besetzt. Die Modi liegen jeweils bei +1 und -1, die Extremwerte bei +2,25 ("extrem rechts") und -2,1 ("extrem links"). Die geringe Streuung der Gruppenwerte um die Modi deutet daraufhin, daß beide Lager politisch relativ homogen waren, wobei die Rechte augenscheinlich eine größere Geschlossenheit als die Linke aufweist - möglicherweise ein Ergebnis des erfolgreichen Wirkens der Réunion der rue de Poitiers. Die Interpretation der Faktorenwerte als Rechts-Links-Index, oder konkreter: als Abbildung des Konflikts zwischen dem parti de l'ordre einerseits und einer Koalition aus radikalen Demokraten und dem linken Flügel der gemäßigten Republikaner andererseits, wird zunächst durch eine Inspektion der Faktorenladungen bestätigt: hoch laden Abstimmungen über die Reichweite und Garantie bürgerlicher Freiheitsrechte, die Kompetenzen und den Zeitpunkt der Auflösung der Verfassungsgebenden Nationalversammlung, den Handlungsspielraum politischer Organisationen und der Presse im Vorfeld der Wahlen zur Gesetzgebenden Nationalversammlung, Maßnahmen zur Abwehr von Übergriffen und Pressionsversuchen der Exekutive gegenüber der Verfassungsgebenden Nationalversammlung, die militärischen Interventionen Frankreichs in Italien und die Besoldung der höchsten Chargen der Administration von Louis-Napoléon. Ohne interpretative Überdehnung lassen sich alle diese Abstimmungsgegenstände als konkrete politische Ausdrucksformen eines Rechts-Links-Konflikts, als Manifestation des Gegensatzes zwischen "Konservativen" und "linken Republikanern" deuten.

Eine weitere Möglichkeit zur Überprüfung der Gültigkeit der Faktorwerte als Indikatoren für Rechts-Links-Orientierungen ist ihre Korrelation mit den im biographischen Material enthaltenen Angaben über die politischen Positionen der Abgeordneten. Die durchschnittlichen Faktorwerte variieren wie folgt über die trichotomisierten Kategorien der Variablen "Politische Richtung":

Tabelle 2: Die Variation des Rechts-Links-Index über die Kategorien der Variablen "Politische Richtung"

	Durchschnitt	Standardabweichung	N
Rechts	0.83	0.50	321
Mitte	-0.26	0.96	393
Links	-0.91	0.52	189

ETA = 0.66

Tabelle 2 zeigt einen klaren Zusammenhang zwischen dem Rechts-Links-Index und der Variablen "Politische Richtung": Abgeordnete, denen im biographischen Material eine Position auf der Rechten zugewiesen wurde, weisen im Durchschnitt Werte nahe dem positiven Modalwert, Abgeordnete, bei denen Hinweise auf Zugehörigkeit zur Linken vorliegen, weisen Werte nahe dem negativen Modalwert auf. Die der Kategorie "Mitte" zugeordneten Abgeordneten (gemäßigte Republikaner) sind - wie erwartet - im Hinblick auf ihre Rechts-Links-Orientierungen die heterogenste Gruppe. Hier liegt die Standardabweichung des Rechts-Links-Index mit 0.96 deutlich über dem Wert der Abgeordneten auf den Flügelpositionen. In diesem Befund kommt der Zerfall der Gruppe der gemäßigten Republikaner und ihre Absorption durch die sich ab Anfnag 1849 polarisierenden Lager in der Nationalversammlung zum Ausdruck.

Um die Abweichungen und Übereinstimmungen zwischen der intuitiven Zuweisung politischer Positionen im biographischen Material einerseits und der ex-post Klassifikation von Abgeordneten auf der Grundlage der Abstimmungsanalysen andererseits auch für einzelne Fälle zu überprüfen, haben wir den "Rechts-Links-Index" entlang des Arithmetischen Mittels dichotomisiert. Diese Transformation ist sinnvoll und möglich, wenn die Ursprungsvariable annähernd symmetrisch und bimodal verteilt ist. Beide Voraussetzungen sind im vorliegenden Fall, wie Abbildung 1 veranschaulicht, in gerader Weise erfüllt. Nach der Umformung des "Rechts-Links-Index" in eine dichotome Variable wird zunächst deutlich, daß beide Lager in der Nationalversammlung bei einem leichten Vorsprung für die Rechte annähernd gleich stark waren. Dieser Befund deckt sich mit der Beobachtung, daß die auf dem Hauptfaktor ladenden Abstimmungen häufig sehr knappe Mehrheiten aufweisen. Tabelle 3 stellt den Zusammenhang zwischen dem dichotomisierten "Rechts-Links-Index" und der Variablen "politische Richtung" dar:

Tabelle 3: Der Zusammenhang zwischen der Variablen "Politische Richtung" und dem dichotomisierten "Rechts-Links-Index"

Politische Richtung	Dichotomisierter „Rechts-Links-Index“		
	Rechts	Links	N
Rechts	91.6	8.4	(321)
Mitte	38.9	61.1	(393)
Links	6.3	93.7	(189)
Insgesamt	50.8	49.2	(903)

Die Ergebnisse lassen eine recht gute Übereinstimmung beider Indikatoren für die Abgeordneten des rechten und linken Flügels erkennen: Der Anteil abweichender Klassifikationen bei den 510 nach der Variablen "Politische Richtung" den Flügelpositionen zugewiesenen Fällen beträgt 7,6 %. Für die 393 Abgeordneten, die gemäß den biographischen Angaben der "Mitte" zugeordnet wurden, weist der dichotomisierte "Rechts-Links-Index" keine äquivalente Kategorie auf. Bei dieser Gruppe lassen die verfügbaren Daten allenfalls Aussagen über die Präferenzen der "gemäßigten Republikaner" für die beiden sich seit 1849 formierenden politischen Lager zu. Tabelle 3 weist aus, daß sich 61 % der Abgeordneten der "Mitte" dem linken und 39 % dem rechten Flügel angeschlossen; ein Ergebnis, das angesichts der in den Biographien gerade für Abgeordnete der "Mitte" wenig zuverlässigen Zuordnungen nur mit Vorsicht inhaltlich interpretiert werden sollte. Da jedoch die Literatur für die Spätphase der Nationalversammlung ebenfalls über den Wechsel der Mehrzahl gemäßigter Republikaner auf den linken Flügel berichtet(29), dürfte dieser Befund zumindest in der Tendenz die tatsächliche Hauptrichtung der Neuorientierung von Abgeordneten der "Mitte" erfassen.

IV DER KONFLIKT ZWISCHEN "RECHTEN" UND "LINKEN" IN DER NATIONALVERSAMMLUNG: EINE AUSEINANDERSETZUNG ZWISCHEN TRADITIONELLEN FÜHRUNGSGRUPPEN UND REVOLUTIONÄRER "GEGENELITE"?

Nachdem wir mit Hilfe einer seriellen Analyse namentlicher Abstimmungen für die Phase ab Anfang Februar 1849 zwei relativ geschlossene politische Lager in der Nationalversammlung identifiziert haben, wollen wir im folgenden überprüfen, ob sich der Konflikt zwischen der "Rechten" und der "Linken" tatsächlich als eine Auseinandersetzung zwischen "traditionellen Führungsgruppen" und einer "revolutionären Gegenelite" deuten läßt. In diesem Zusammenhang interessiert uns zunächst die Frage, inwieweit die verbreitete Ansicht zutrifft, daß die politischen Strukturen in der Nationalversammlung Ausdruck der Klassenkonflikte in der französischen Gesellschaft um die Mitte des 19. Jahrhunderts gewesen seien. Die prägnanteste Fassung dieser These findet sich bei Karl Marx.(30) In seiner Schrift über die "Klassenkämpfe in Frankreich 1848-1850" charakterisierte er die "Partei der Ordnung" als parlamentarische Vertretung der "koalisierten konterrevolutionären Bourgeoisieklasse", einer Verbindung des unter der Restauration dominierenden "großen Grundeigentums" mit den gesellschaftlichen Exponenten der Julimonarchie: der "Finanzaristokratie" und der "industriellen Bourgeoisie". Demgegenüber habe die demokra-

tische Linke als parlamentarische Wortführerin der "schon revolutionierten Teile der kleinen Bourgeoisie und der Bauernklasse" fungiert, ein Klassenbündnis, das ab Anfang 1849 um den "Großwürendenträger der revolutionären Interessen, das revolutionäre Proletariat" erweitert worden sei. Die gemäßigten Republikaner waren nach Marx weniger eindeutig an spezifische Klasseninteressen gebunden. Er ordnet sie lediglich global der Bourgeoisie zu ("Bourgeoisrepublikaner"), ohne daß sie eine "auf ökonomischen Grundlagen beruhende Fraktion ihrer Klasse" vertreten hätten. Die Polarisierung politischer Lager in der Nationalversammlung nach der Präsidentschaftswahl ließ die "gemäßigten Republikaner" dann ohnehin als eigenständige Fraktion verschwinden. Uns ist bewußt, daß Karl Marx in seinen Analysen der sozio-politischen Landschaft Frankreichs um die Mitte des 19. Jahrhunderts keine ungestörte Verlängerung von Klassenstrukturen und -konflikten auf die Ebene parlamentarischer Führungsgruppen unterstellt hat - so wies er auf die Bedeutung der Angehörigen freier Berufe und der Intellektuellen als nicht eindeutig klassengebundene Zwischenkategorien hin(31), doch sollte zumindest für diejenigen Abgeordneten, die unmittelbar den Kerngruppen der von Marx abgegrenzten Gesellschaftsformationen angehörten, die von ihm postulierte Beziehung zwischen politischer und wirtschaftlich-sozialer Konfliktebene nachweisbar sein.

In Tabelle 4 haben wir den Zusammenhang zwischen der politischen Position der Abgeordneten und ihrem "situs" - d.h. ihrer Stellung im funktional differenzierten System gesellschaftlicher Arbeitsteilung - dargestellt. Grundlage für die Bestimmung der Berufsposition der Abgeordneten war der 1848 von ihnen ausgeübte Hauptberuf.

Tabelle 4: Der Zusammenhang zwischen Beruf und politischer Richtung

Beruf	Politische Richtung		N	Beruf	Politische Richtung		N
	Rechts	Links			Rechts	Links	
Verwaltungsbeamte	77.4	22.6	(31)	Publizisten	39.7	60.3	(58)
Angeh. Justizdienst	55.0	45.0	(60)	Unternehmer	50.4	49.6	(119)
Subalternbeamte	35.7	64.2	(14)	Rentiers	51.9	48.1	(52)
Universitätsprof.	65.4	34.6	(26)	Gutsbesitzer	64.8	36.2	(152)
Lehrer	11.1	88.9	(9)	kleine Selbstständige	23.5	76.5	(17)
Offiziere	55.1	44.9	(49)	Arbeiter	30.8	69.2	(26)
Anwälte	47.0	53.0	(236)	Klerus	93.3	6.7	(15)
Sonst. freie Berufe	24.0	76.0	(46)				
Insgesamt	50.7	49.3	(910)	Insgesamt	50.7	49.3	(910)

Tabelle 4 weist aus, daß die beobachteten Zusammenhänge zwischen der Berufsfunktion von Abgeordneten und ihrer politischen Position den interessentheoretischen Ansatz nur teilweise bestätigen. Für einige Berufskategorien widerspricht der Befund sogar der Annahme klasseungebundenes politisches Handeln. Gestützt werden der interessentheoretische Erklärungsansatz und auch das Konzept der Gegenelite durch die wenigen Arbeiter, kleinen Selbständigen (Handwerksmeister, Kleinhändler) und Subalternbeamten, die in die Nationalversammlung gewählt worden waren. Sie bezogen weit überwiegend Position auf der Linken. Die Ausnahmen sollten allerdings nicht unterschlagen werden: Sie stellen immerhin ca. 1/4 der Abgeordneten aus klein- und unterbürgerlichem Milieu. Das Auftreten einer starken Minderheit von Dissidenten selbst bei solchen Kategorien von Abgeordneten, die als durch unmittelbare Zugehörigkeit ausgewiesene Repräsentanten von "Klasseninteressen" gelten können, verdeutlicht, daß im gegebenen Fall kein deterministischer Zusammenhang zwischen Soziallage und politischem Verhalten unterstellt werden darf: Unter spezifischen individuellen Bedingungen - wie zum Beispiel bei der Platzierung auf einer "rechten" Kandidatenliste - schlossen sich auch Abgeordnete mit einer prima facie "linken" Interessenlage der Rechten in der Nationalversammlung an. Teilweise lassen sich die abweichenden Fälle allerdings auch mit den notgedrungen recht groben Kategorienbildungen erklären, die verhaltensrelevante Nuancen der Soziallage verdecken: so übten von den 8 "Arbeitern" auf der Rechten mindestens 5 Leitungsfunktionen auf betrieblicher Ebene als Werkmeister und ähnliches aus; ein Befund, der bei höherer Fallzahl die Einbeziehung von Aspekten wie "Dispositionsspielraum" oder "Aufstiegsorientierung" als aussichtsreich erscheinen lassen könnte.

Neben Arbeitern und kleinen Selbständigen tendierten die Publizisten und Journalisten, die Lehrer und die Angehörigen der freien akademischen Berufe mit Ausnahme der Anwälte überwiegend zur Linken. Im Fall der Publizisten und Journalisten fällt eine Erklärung für ihre Linksorientierung leicht: Während der Julimonarchie war angesichts der durch Zensus und administrative Restriktionen blockierten Karrierewege die Tätigkeit in der Presse für die linke Opposition eine Alternative zu institutionell verankerten Formen politischer Artikulation geworden. (32) Journalisten und Publizisten wurden im Vorfeld der Februarrevolution dann auch zu Hauptträgern informeller Organisationsbildungen auf seiten der republikanischen Gegenkräfte; eine Funktion, die sie in den Aprilwahlen des Jahres 1848 als deren "natürliche" Repräsentanten erscheinen ließ. In ähnlicher Weise läßt sich auch die Linksorientierung der Lehrer in der Nationalversammlung mit den restriktiven Bedingungen für politisches Handeln während der Endphase der Julimonarchie erklären: 6 von ihnen waren Privatlehrer - eine typische Tätigkeit exilierter oder aus dem Staatsdienst entfernter Oppositioneller mit akademischer Vorbildung aber bescheidenem materiellem Hintergrund.

Der Interpretation des Befundes für die freien akademischen Berufe sollte vorausgeschickt werden, daß in diese Kategorie weit überwiegend freipraktizierende Ärzte fallen (37 von insgesamt 46 Abgeordneten), während wir die Anwälte als modale Berufsgruppe in der Nationalversammlung mit einer gerade in Frankreich herausragenden politischen Bedeutung gesondert betrachten werden. Die Linkstendenz der Ärzte läßt sich weder mit einem interessentheoretischen Ansatz noch gar mit dem Hinweis auf eine Ausweichfunktion ihres Berufes in

einer Situation teilweise blockierter politischer Karrierewege befriedigend begründen. Als plausibler sehen wir einen Erklärungsansatz an, der die Position des Arztes in den für seinen Beruf spezifischen sozialen Bezügen in die Deutung einbezieht: Sie prädestinieren ihn zum nicht nur in medizinischen Belangen gefragten Helfer einer unterbürgerlichen Klientel; eine Funktion, die ihren zeitgemäßen Ausdruck in der Sozialfigur des "Armenarztes" gefunden hat. Bei politischem Engagement steht zu erwarten, daß sein politisches Handeln auf "Reform" hin orientiert sein wird, etwa im Sinne einer Ausweitung therapeutischer Eingriffe auf den sozio-politischen Kontext. Es ist uns bewußt, daß diese Deutung nur eine (zeitlich) begrenzte Reichweite hat und sicher nicht für Situationen zutrifft, in denen Ärzte als "Standespolitiker" fungieren. Zudem muß sie so lange unbestätigt wenn auch plausible Hypothese bleiben, wie die Motivationen des politischen Engagements von Ärzten im behandelten Zeitraum nicht näher untersucht sind.

Auch auf dem rechten Flügel der Nationalversammlung wird das Konzept der Gegenelite und der interessentheoretische Ansatz durch die Verteilung einer Reihe von Berufskategorien auf die beiden politischen Lager gestützt. Dies gilt insbesondere für die Spitzenbeamten der Verwaltung und die Gutsbesitzer, mithin zwei Gruppen, die als administrative und ökonomische Exponenten der traditionellen Machtstruktur des vorrevolutionären Frankreich gelten können. Die Universitätsprofessoren, die im hoch zentralisierten Bildungssystem Frankreichs mit seiner nur schwach ausgeprägten universitären Autonomie nach rigiden politischen Auswahlkriterien berufen wurden(33), sowie die Vertreter des Klerus lassen sich als "symbol specialists"(34) des Vorgängerregimes ebenfalls der traditionell herrschenden Elite zurechnen.

Wenn wir an diesem Punkt unserer Untersuchung abbrechen würden, wäre das Konzept der Gegenelite und der interessentheoretische Ansatz mit einer Reihe störender aber bei einiger Großzügigkeit vernachlässigbarer Ausnahmen bestätigt: Auf der einen Seite eine "linke" Gegenelite, rekrutiert aus den Vertretern der Arbeiter, der Kleinbürger und der mit diesen Gruppen verbundenen Intellektuellen, auf der anderen Seite die nach "rechts" tendierenden traditionellen Machttäger, gruppiert um die großen Grundbesitzer und Spitzenbeamten mit einer intellektuellen Hilfstruppe aus den Reihen der Universitätsprofessoren und Kleriker. Die politische Wirklichkeit Frankreichs im Jahr 1848 war jedoch weitaus komplexer, als daß sie mit einer Dichotomisierung entlang einer dominanten sozio-politischen Spannungslinie erfaßt werden könnte. Sie weicht vielmehr in wesentlichen Grundzügen von einem derartig vereinfachenden Konzept ab, was dessen Gültigkeit zumindest im hier untersuchten Fall zweifelhaft erscheinen läßt.

Die erste Überraschung bereiten uns die Unternehmer und Rentiers: Kaufleute, Industrielle und Propriétaires verteilten sich etwa nach den Anteilen, mit denen die beiden politischen Lager insgesamt in der Nationalversammlung vertreten waren, auf die Rechte und die Linke. Ein Zusammenhang zwischen der "Klassenlage" - hier erfaßt über den situs - und politischen Orientierungen ist also gerade für diejenigen Berufsgruppen, die nach dem marxischen Klassenmodell den Kern der "Bourgeoisie" bilden, nicht nachweisbar: Die Unternehmer und Rentiers in der Nationalversammlung unterstützten ohne klare Präferenz

sowohl eine Politik der Garantie bürgerlicher Freiheitsrechte, einer Verteidigung parlamentarischer Prärogativen und eines vorsichtigen Ausgleichs sozialer Konflikte, wie die einer rigorosen Einschränkung des Handlungsspielraums der linken Oppositionskräfte und einer entschlossenen Unterdrückung sozialer Reformbestrebungen. Sie entsprachen in ihrem politischen Verhalten damit weder dem saint-simonistischen Ideal auf Fortschritt drängender Innovatoren noch dem marxischen Gegenbild eines sozialkonservativen Wirtschaftsbürgertums, das nach den ersten Regungen proletarischen Klassenbewußtseins die "Garantie des Eigentums" um nahezu jeden Preis zur zentralen Maxime des politischen Handelns erhoben habe. (35) Der viel geübten Praxis, "die" Bourgeoisie als einen kollektiven Akteur zu behandeln, dessen einheitliches Klasseninteresse auch auf der Ebene politischen Handelns regulativ gewirkt habe (36), wird durch den vorliegenden Befund klar widersprochen. Deutlich wird vielmehr, daß kollektive Einstellungen und Verhaltensweisen nicht befriedigend über die Klassenzugehörigkeit erfaßt und erklärt werden können, daß sich vielmehr in der Naheinstellung das Bild einer vielfältig gegliederten politischen Landschaft mit klassenüberschreitenden Koalitionen und Konfliktlinien abzeichnet.

Ähnlich überraschend ist der Befund für die Offiziere und die Angehörigen des Justizdienstes: Beide Berufskategorien, die man intuitiv ohne Zögern den traditionellen Führungsgruppen zuordnen würde, verteilten sich ohne spezifische Präferenzen auf die rivalisierenden politischen Lager der Nationalversammlung. Im Fall der Angehörigen des Justizdienstes läßt der Befund vermuten, daß ihre Auswahl während der Julimonarchie weniger rigide nach politischen Gesichtspunkten erfolgte als bei den höheren Verwaltungsbeamten; eine Annahme, die mit den funktional differenzierten Loyalitätsansprüchen der Regierung an das Personal im Staatsdienst begründet werden kann: Während die Angehörigen der Judikative im Rahmen des vorgegebenen Rechtssystems mit relativ geringem Ermessensspielraum und kontrolliert durch die Oberinstanzen agierten, war von den höheren Verwaltungsbeamten ein weiteres größeres Maß an Eigeninitiative bei prinzipiell weniger klar definierten Entscheidungsvoraussetzungen verlangt. Diese Erklärung kann jedoch nicht in gleicher Weise für die Militärs gelten, die ein zentrales Element der Machtbasis des Regimes der Julimonarchie bildeten. In ihrem Fall ist die spezifische Tradition der französischen Armee zu berücksichtigen, die geprägt war durch die glanzvollen Kampagnen der Revolutionszeit und während der Herrschaft Napoleons I. Im Offizierkorps konkurrierte die Loyalität gegenüber dem Königshaus, die bereits bei dem Dynastiewechsel des Jahres 1830 auf eine harte Probe gestellt worden war, mit der Loyalität gegenüber der "Nation", die nicht an eine Herrscherpersönlichkeit oder Dynastie gebunden war. Diese Spannungssituation gab Raum für einen Prätorianismus, der sich durchaus mit Positionen der Linken verbinden und unter der republikanischen Staatsform entfalten ließ. In diesem Sachverhalt kann auch eine wesentliche Ursache für die relative Passivität der Militärs während der Februartage gesehen werden, die so eindrucksvoll mit ihrem Verhalten während des Juniaufstandes kontrastiert, den selbst die in der jakobinischen Tradition stehenden Republikaner als Bedrohung der Grundlagen der französischen Gesellschaft und ihrer Pläne zu einer umfassenden Reform politischer Strukturen empfanden. (37)

Der hohe Anteil der Anwälte an den Abgeordneten der Nationalversammlung, mit dem sich eine Tradition der Kammern der Julimonarchie in die Ära der Zweiten Republik fortsetzte, rechtfertigt für diese Berufskategorie eine besondere Aufmerksamkeit. In unserem Zusammenhang interessiert nun nicht die in der Literatur breit diskutierte Frage, warum in Frankreich ähnlich wie in den Parlamenten der meisten übrigen westlichen Demokratien mit Ausnahme Deutschlands die Anwälte über lange Zeit hinweg die modale Berufskategorie stellten. (38) Hier gilt es vielmehr, den Befund zu interpretieren, daß sich die Anwälte nahezu in der Proportion der Randverteilung für die Rechte und die Linke in der Nationalversammlung auf die beiden politischen Lager verteilten. Eine Schwierigkeit besteht allerdings darin, daß sich 1848 - im Gegensatz zu den durch den Zensus "gesiebten" Rechtsvertretern der Julimonarchie - hinter der Berufsbezeichnung des Anwalts ein breites Spektrum von Statuspositionen verbergen konnte, das vom Winkeladvokaten bis zum "Gentleman-Anwalt" reichte, der vorwiegend mit der Verwaltung des Familienvermögens befaßt war. Eine Einbeziehung der Väterberufe, die für 47 % der Anwälte in der Nationalversammlung ermittelt werden konnten, vermag diese Unsicherheit jedoch zu verringern.

Tabelle 5: Die Verteilung der Anwälte (differenziert nach Väterberufen) auf die Linke und die Rechte in der Nationalversammlung

Väterberufe der Anwälte	Politische Richtung		N
	Rechts	Links	
Verwaltungsbeamte	60.0	40.0	(10)
Angeh. Justizdienst	50.0	50.0	(18)
Universitätsprofessoren	100.0	0.0	(3)
Offiziere	25.0	75.0	(4)
Anwälte	41.2	58.8	(17)
Sonstige freie Berufe	0.0	100.0	(3)
Unternehmer	44.5	55.5	(18)
Gutsbesitzer	57.8	42.3	(26)
Kl. Selbständige und Arbeiter	45.6	54.5	(11)
Insgesamt	49.1	50.9	(110)

Tabelle 5 verdeutlicht zunächst, daß die soziale Herkunft der Anwälte in der Nationalversammlung relativ breit über verschiedene Berufskategorien streute und in etwa deren Verteilung in der Nationalversammlung entspricht. Wichtiger noch ist in unserem Zusammenhang, daß die politischen Orientierungen der Anwälte tendenziell mit denen übereinstimmen, die die Vertreter ihrer Herkunftsmilieus in der Nationalversammlung aufwiesen. Offensichtlich waren die Advokaten-Politiker keine ideologisch und sozial geschlossene Kategorie, sondern fungierten als politische Repräsentanten derjenigen gesellschaftlichen Gruppen, mit denen sie über die soziale Herkunft und - vermutlich - ihre Berufsausübung verbunden waren.

Nach der ausführlichen Diskussion der Beziehung zwischen den Berufsfunktionen und den politischen Orientierungen der Abgeordneten wollen wir im folgenden den entsprechenden Zusammenhang für die Variable "Schichtzugehörigkeit" nur kursorisch abhandeln. Dieses Vorgehen ist zum einen darin begründet, daß "situs" und "status" leichter theoretisch als empirisch zu trennende Dimensionen der Soziallage sind - auch die funktionale Differenzierung der Gesellschaft weist Aspekte der Über- und Unterordnung von Positionen auf -, zum anderen mußten die Ausprägungen der Schichtvariablen - mit Ausnahme der Kategorie "Adel" - mangels anderer Daten aus den Berufsangaben für die Abgeordneten gebildet werden. Für diese Reklassifikation haben wir allerdings nicht die bereits zusammengefaßten Berufskategorien aus Tabelle 4 sondern die 60 ursprünglichen Merkmalsausprägungen der Berufsvariablen verwendet. (39) Bei einer größeren Klassifikation der Ursprungsvariablen wäre die Umsetzung von Berufsangaben in Schichtkategorien ohnehin methodisch nicht zu rechtfertigen gewesen. Unser Schichtmodell wurde aus der in der Literatur häufig zitierten Untersuchung Mattei Dogans über Karrierewege in Frankreich übernommen. (40) Sein Stratifikationskonzept ist zwar problematisch - insbesondere im Hinblick auf die unklare Abgrenzung zwischen "Haute bourgeoisie" und "Bourgeoisie moyenne" sowie die unübliche Mischung der Statusdimensionen "ständische Schätzung" (hier repräsentiert durch die Kategorie "Noblesse") und Berufsprestige - doch haben wir der Forderung nach Vergleichbarkeit der Ergebnisse diesen Bedenken gegenüber Vorrang eingeräumt.

Tabelle 6: Der Zusammenhang von Schichtzugehörigkeit und politischer Richtung

Schicht	Politische Richtung		N
	Links	Rechts	
Classe ouvrière	73.9	26.1	(23)
Petite bourgeoisie	69.8	30.2	(43)
Bourgeoisie moyenne	55.7	44.3	(483)
Haute bourgeoisie	46.0	54.0	(226)
Noblesse	21.5	78.5	(135)
Insgesamt	49.3	50.7	(910)

Tabelle 6 zeigt einen deutlichen Zusammenhang zwischen Schichtzugehörigkeit und politischer Richtung: Der Anteil linker Abgeordneter sinkt mit zunehmendem Status von 73,9 % ("Classe ouvrière") auf 21,5 % ("Noblesse"). Die Differenzen zwischen den Statusgruppen variieren dabei erheblich: am geringsten ist die Abweichung zwischen "Classe ouvrière" und "Petite bourgeoisie" (4,1 %), am ausgeprägtesten diejenige zwischen "Haute bourgeoisie" und "Noblesse" (24,5 %); ein Hinweis auf die Sonderstellung des Adels, dessen ständische Abgehobenheit offenbar auch eine ausgeprägte politische Implikation hatte. Aber selbst die Zugehörigkeit zum Adel determinierte offensichtlich nicht die politische Position, wie die starke Minderheit linker Aristokraten in der Nationalversammlung zeigt. Bemerkenswert

ist bei näherer Betrachtung der abweichenden Fälle, daß das Alter des Adelstitels einen deutlichen Bezug zu den 1848 vertretenden politischen Positionen aufweist. Von den 30 Adeligen, deren Titel auf eine Nobilitierung unter Napoleon I. zurückzuführen ist, gehörte fast die Hälfte der Linken an, während die 99 Abkömmlinge aus Adelsfamilien des Ancien Regimes nur 15 und die 6 Abgeordneten, deren Standeserhöhung in die Restaurationszeit fiel, kein einziges Mitglied des linken Flügels stellten. Dieser Befund weist darauf hin, daß die sozialen "Belohnungen", die von einem bestimmten Regime vergeben wurden, politische Loyalitäten begründeten, die in der Familientradition weiter vermittelt wurden.

Zu fragen bleibt allerdings, ob ein Zusammenhang zwischen politischer Orientierung und Statusveränderung nicht auch unabhängig von einem monarchischen Gnadenakt und der daraus resultierenden Bindung an eine Dynastie wirksam wurde, anders formuliert: ob nicht eine generelle Beziehung zwischen vertikaler Mobilität und der in der Nationalversammlung vertretenen politischen Richtung zu beobachten ist. Im Fall der intragenerationalen Mobilität läßt sich kein derartiger Zusammenhang nachweisen: Aufsteiger, Absteiger und Abgeordnete ohne Statusveränderung verteilen sich in den Proportionen der Grundgesamtheit auf den linken und rechten Flügel. Im Hinblick auf die intragenerationale Mobilität, das heißt die Veränderung von Statuspositionen zwischen Anfangsberuf und 1848 ausgeübtem Hauptberuf, ist lediglich für die 15 Absteiger eine Abweichung zu beobachten: Sie schlossen sich weit überwiegend der Linken an.

Tabelle 7: Der Zusammenhang von intragenerationaler sozialer Mobilität und politischer Richtung

Soziale Mobilität	Politische Richtung		N
	Links	Rechts	
Aufsteiger	44.5	55.5	(290)
Position unverändert	51.2	48.8	(604)
Absteiger	73.3	26.7	(15)
Insgesamt	49.4	50.6	(909)

Festzuhalten bleibt jedoch, daß im Hinblick auf politische Präferenzen die aktuelle Sozillage der Abgeordneten wirkungsmächtiger war als die Veränderung ihrer Statuspositionen im Vergleich zu denen ihrer Väter oder im Verlauf der eigenen Berufskarriere.

Die bisher berichteten Befunde ergeben ein unerwartet zwiespältiges Bild: nur für solche Berufskategorien und Statusgruppen läßt sich tendenziell ein Zusammenhang zwischen Sozillage und politischen Orientierungen nachweisen, die unter den Vorgängerregimen der II. Republik in besonderer Weise durch die Gewährung oder Verweigerung von politischen Karrierechancen und Artikulationsmöglichkeiten begünstigt oder benachteiligt worden waren. Das heißt, daß die Betrachtung der für eine bestimmte Sozillage charakteristischen po-

litischen Erfahrungshorizonte eine bessere Prädikation der 1848 eingenommenen politischen Positionen ermöglicht als die ökonomischen Interessen der Abgeordneten. Der interessentheoretische Ansatz wurde also nur insofern bestätigt, als er auf unterschiedliche Chancen abstellt, vom Staat kontrollierte Machtpositionen und Appropriationsgelegenheiten zu erwerben. Besitz oder Nichtbesitz von Produktionsmitteln oder Art des Kapitaleinkommens hatten demgegenüber nur eine untergeordnete Bedeutung. Diese Aussage wird auch nicht durch die überwiegenden Präferenzen der großen Grundbesitzer für die Rechte widerlegt: In dieser Berufskategorie hatten die Adelligen einen überproportionalen Anteil, die - wie wir bereits bei anderer Gelegenheit nachgewiesen haben - unter der Julimonarchie deutlich bessere Karrierechancen hatten als ihre bürgerlichen Kollegen. (41)

Tabelle 8: Der Zusammenhang zwischen Nobilitierung und politischer Richtung (nur Gutsbesitzer)

Adelstitel	Politische Richtung		N
	Rechts	Links	
Nein	50.4	49.6	(129)
Ja	81.4	18.6	(70)
Insgesamt	61.3	38.7	(199)

Der Hinweis auf die Bedeutung der nach Soziallage variierenden Positionen im vorrevolutionären System der Machtverteilung stützt auf den ersten Blick das Konzept der Gegenelite. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß die meisten der in der Nationalversammlung vertretenen Sozialgruppen unter den Vorgängerregimen der II. Republik weder in besonderer Weise benachteiligt noch begünstigt worden waren. Diese Gruppen schlossen sich ohne klare Präferenzen der Rechten oder Linken an und bewirkten eine unerwartete soziale Heterogenität der sich ab Anfang 1849 formierenden politischen Lager.

Daß eine undifferenzierte Anwendung des Konzepts der Gegenelite im gegebenen Fall unangemessen wäre, verdeutlicht auch der Zusammenhang zwischen den vor der Februarrevolution erreichten Positionen der politischen Karriere und den in der Nationalversammlung zu beobachtenden Präferenzen der Abgeordneten für die Rechte oder Linke. (Vgl. Tabelle 9 auf der folgenden Seite). Zwar hatte ein weit überproportionaler Anteil der Abgeordneten der Rechten als Kammer- und Regierungsmitglieder vor 1848 höchste Positionen erreicht, während die Linke eindeutig in jener Mischkategorie der Publizisten und Vereinsvorstände dominiert, die noch am ehesten die durch rechtliche und administrative Hürden behinderten Aspiranten auf eine politische Karriere erfaßt, doch waren bei den Abgeordneten mit Erfahrungen auf der Ebene lokaler und regionaler Selbstverwaltung wie bei jenen, die vor 1848 keine öffentlichen Funktionen innegehabt hatten, beide politischen Gruppierungen etwa gleich stark vertreten. Nur

Tabelle 9: Der Zusammenhang zwischen höchster vor 1848 erreichter Position der politischen Karriere und politischer Richtung

Karriereposition	Politische Richtung		N
	Rechts	Links	
Kein Amt	44.2	55.8	(312)
Ehrenamt, Presse	28.2	71.8	(85)
Lokale Selbstverwaltung	44.3	55.7	(158)
Regionale Selbstverwaltung	55.5	44.5	(155)
Kammer, Regierung	71.5	28.5	(200)
Insgesamt	50.7	49.3	(910)

für eine Minderheit der Abgeordneten in der Nationalversammlung läßt sich also der Konflikt zwischen den rivalisierenden Lagern als eine Auseinandersetzung zwischen etablierten Machteliten und konkurrierender Gegenelite darstellen. Die Mehrheit der Abgeordneten beider Flügel hatte vor 1848 entweder keine politischen Ämter innegehabt oder aber nur die unteren Stufen des cursus honorum auf lokaler und regionaler Ebene durchlaufen. Selbst die Häufigkeit politischer Verfolgung unter den Vorgängerregimen der II. Republik unterscheidet sich nicht so eindeutig nach der Zugehörigkeit zum rechten und linken Flügel in der Nationalversammlung wie dies bei Gültigkeit des Konzepts der Gegenelite erwartet werden könnte.

Tabelle 10: Der Zusammenhang zwischen politischer Verfolgung vor 1848 und politischer Richtung

Politische Verfolgung	Politische Richtung		N
	Rechts	Links	
Ja	26.3	73.7	(114)
Nein	54.1	45.9	(796)
Insgesamt	50.7	49.3	(910)

So waren insgesamt nur wenig über 10 % der Abgeordneten vor 1848 von disziplinarischen und strafrechtlichen Verfahren aus politischen Gründen betroffen gewesen und immerhin ein Viertel dieser kleinen Gruppe schloß sich in der Nationalversammlung der Rechten an. Dieser Befund ist auf die Systembrüche in der politischen Entwicklung Frankreichs während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zurückzuführen, die nicht nur die Angehörigen der linken Opposition zu Opfern politischer Verfolgungen werden ließen. So wurden 1814 die Würdenträger des I. Kaiserreichs und 1830 die legitimistischen Ultras aus den Spitzenpositionen in Heer und Verwaltung entfernt. (42)

Doch als nach dem Februar 1848 das Spiel des Austauschs der um die rivalisierenden Dynastien gruppierten Klientele durch neue Regeln der Rekrutierung politischen Personals unterbrochen zu werden drohte, waren auch die Opfer aus den Reihen der früheren legitimistischen Opposition bereit, in die Koalition des "parti de l'ordre" einzutreten.

Ein weiteres Indiz für die Wirkungen der Regimewechsel auf die Veränderung der Machtverteilung im Vorfeld der Februarrevolution sind die häufigen Rochaden zwischen der Zugehörigkeit zum Staatsdienst und sonstiger Berufstätigkeit.

Tabelle 11: Der Zusammenhang zwischen Dauer der Tätigkeit im Staatsdienst und politischer Richtung

Dauer Staatsdienst	Politische Richtung		N
	Rechts	Links	
Kein Staatsdienst	47.0	53.0	(530)
Staatsdienst nur Anfangsberuf	50.0	50.0	(40)
Staatsdienst nur Altberuf	50.0	50.0	(50)
Staatsdienst Anfangs- und Altberuf	56.1	43.9	(107)
Staatsdienst nur Hauptberuf 1848	60.3	39.7	(68)
Staatsdienst Anfangs-, Alt- und Hauptberuf	57.4	42.6	(115)
Insgesamt	50.7	49.3	(910)

Während bei ihrer Wahl in die Nationalversammlung nur 20,1 % der Abgeordneten im Staatsdienst standen, waren 41,8 % irgendwann einmal im Verlauf ihrer Berufskarriere Beamte, Richter oder Offiziere gewesen und nur 12,6 % hatten eine ununterbrochene Laufbahn in solchen Funktionen von Beginn ihrer Berufstätigkeit an aufzuweisen. Die Kontinuität der Zugehörigkeit zum Staatsdienst steht - wie Tabelle 11 zeigt - jedoch nur in einem schwachen Zusammenhang mit den in der Nationalversammlung vertretenen politischen Positionen; ein Befund, der sicherlich zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß häufig private Gründe für die Entscheidung zum Berufswechsel ausschlaggebend waren, in dem aber auch zum Ausdruck kommt, daß ein durch politische Umstände erzwungener Ausstieg aus dem Staatsdienst nicht notwendig mit einer Affinität gegenüber "linken" Positionen verbunden war. Festzuhalten bleibt, daß auch im Hinblick auf die politischen Erfahrungen der Abgeordneten vor der Februarrevolution der Konflikt zwischen Rechten und Linken in der Nationalversammlung nur für eine Minorität als Auseinandersetzung zwischen einer etablierten Machtelite und einer konkurrierenden Gegenelite gedeutet werden kann, während sich die Mehrzahl der Abgeordneten beider Lager weder in ihren politischen Karrieremustern noch in der Erfahrung politischer Verfolgung erheblich voneinander unterschied.

Tabelle 12: Der Zusammenhang zwischen Beziehung zum Wahldepartement und Politischer Richtung

Beziehung zum Wahldepartement	Politische Richtung		N
	Rechts	Links	
Keine Beziehung	68.0	32.0	(25)
Familie, Besitz	57.6	42.4	(33)
Politische Funktionen	35.7	64.3	(28)
Wahldepartement = Geburtsdepartement	50.0	50.0	(102)
Wahldepartement = Wohndepartement	51.6	48.4	(188)
Wahldepartement = Geburtsdepartement und Wohndepartement	50.0	50.0	(534)
Insgesamt	50.7	49.3	(910)

An diesem Punkt bleibt zu fragen, ob und inwieweit Art und Intensität der regionalen Bezüge der Abgeordneten der Rechten und Linken voneinander abwichen. Tabelle 12 weist aus, daß über 90 % der Abgeordneten in den Departements, die sie in die Nationalversammlung gewählt hatten, wohnten und/oder dort geboren waren, weitere 6,7 % hatten über Herkunft der Familie, Besitz, Beruf und politische Tätigkeit Bindungen an ihr Wahldepartement, während sich nur für 2,7 % keine Bezüge nachweisen lassen. Die traditionelle Dominanz regionaler Rekrutierungsinstanzen war von dem Systemwechsel des Jahres 1848 offenbar unberührt geblieben: Nach wie vor war es fast unmöglich, Kandidaten erfolgreich zu "oktroyieren", die keine persönlichen Bindungen an die Region hatten, in der sie aufgestellt worden waren. Dieser Befund gilt in gleicher Weise für die Abgeordneten beider politischen Lager. Abweichungen von den Proportionen der Randverteilung sind nur für zwei schwach besetzte Randkategorien zu beobachten: die Rechte dominierte in der Gruppe von Abgeordneten, die keine Bindungen an ihr Wahldepartement hatten, während die Linke in der Gruppe überwog, die nur über die vor den Märzahlen ausgeübten politischen Funktionen einen Regionalbezug aufwies. Verantwortlich für die Überrepräsentation der Rechten in der Kategorie der "Bindungslosen" ist die konservative Tendenz der in der Nationalversammlung vertretenen Kleriker, die häufig in Departements gewählt worden waren, in denen sich weder ihr Wohnsitz noch ihr Geburtsort befand. In der Gruppe mit ausschließlich politischen Affiliationen an die Wahlregion finden sich überproportional viele "Commissaires de la République", die von der provisorischen Regierung anstelle der unter der Julimonarchie amtierenden Präfekten und Unterpräfekten eingesetzt worden waren. Diese Funktionsträger des neuen Regimes schlossen sich in der Nationalversammlung überwiegend der Linken an. Das Fehlen einer persönlichen Bindung an das Wahldepartement wurde also im einen Fall durch die machtvolle Unterstützung seitens der katholischen Kirche, im anderen durch die Ressourcen eines mit außerordentlichen Entscheidungsbefugnissen ausgestatteten politischen Amtes kompensiert, ein

Substitutionseffekt, der im Fall der Kleriker zugunsten der Rechten, im Fall der Kommissare der Republik zugunsten der Linken aus-
schlag.

Die politische Bedeutung regionaler Bezüge wird erkennbar, wenn wir die Verteilung rechter und linker Abgeordneter auf die Wahldepartements betrachten: in 54 von insgesamt 88 Departements (die überseeischen Besitzungen mit Ausnahme Algeriens haben wir in einer Kategorie zusammengefaßt) schlossen sich mehr als 2/3 der Abgeordneten jeweils einem der beiden Flügel in der Nationalversammlung an. Die Delegationen aus den Departements Allier und Haute Pyrenées stellten ausschließlich Abgeordnete der Linken, jene aus den Departements Hautes Alpes, Morbihan, Somme und Tarn ausschließlich solche der Rechten, während die des Departements Seine (Paris) sich etwa zur Hälfte aus Abgeordneten beider Lager zusammensetzte. Statistisch kommt der enge Zusammenhang zwischen regionaler Herkunft und politischer Orientierung in einem hohen LAMBDA-Wert von 0.42 zum Ausdruck: d.h., wir können die Prädikation der politischen Position eines Abgeordneten um 42 % verbessern, wenn wir wissen, in welchem Departement er gewählt worden war. (Tabelle 13 siehe folgende Seite)

Dem Versuch einer intuitiv einleuchtenden Deutung dieses Ergebnisses steht die Tatsache entgegen, daß Region eine notorisch "schwierige" Variable ist, die territoriale Disparitäten wirtschaftlicher, sozialer und politischer Strukturen erfaßt, ohne daß ad hoc entschieden werden könnte, ob dieser Katalog empirisch unscharfer Merkmalsdimensionen vollständig ist oder in welchem Mischungsverhältnis sie wirksam wurden. Wir haben versucht, durch eine Analyse ökologischer Daten, die die Statistique de la France bereitstellt, etwas Licht in dieses Dunkel zu bringen. Verbunden mit diesem Analyseschritt ist ein Wechsel der Untersuchungsseinheit: Es interessieren nicht mehr die Merkmale der einzelnen Abgeordneten, sondern die Eigenschaften der Departements, in denen sie gewählt worden waren. Erfasst wurden Angaben zur Siedlungsstruktur (Verteilung der Einwohner auf verschiedene Gemeindegrößenklassen, Bevölkerungsdichte 1846, Anteil der nicht fest ortsansässigen Bevölkerung), zur Agrarstruktur (Anteile verschiedener Betriebsgrößenklassen, Hektarpreise für Agrarland erster Güte, Bevölkerungsanteile der in der Landwirtschaft Tätigen und der mithelfenden Familienangehörigen), zur regionalen Mobilität (Veränderung der Bevölkerungsdichte zwischen 1841 und 1851), zur Gewerbestruktur (Bevölkerungsanteile der in Groß- und Kleinbetrieben Beschäftigten und der Angestellten), zur Struktur des tertiären Sektors (Bevölkerungsanteile verschiedener Kategorien freier Berufe und des Staatsdienstes), die Schüler- und Studentenquote sowie der Bevölkerungsanteil der unter dem zensitären Regime (1846) Wahlberechtigten.

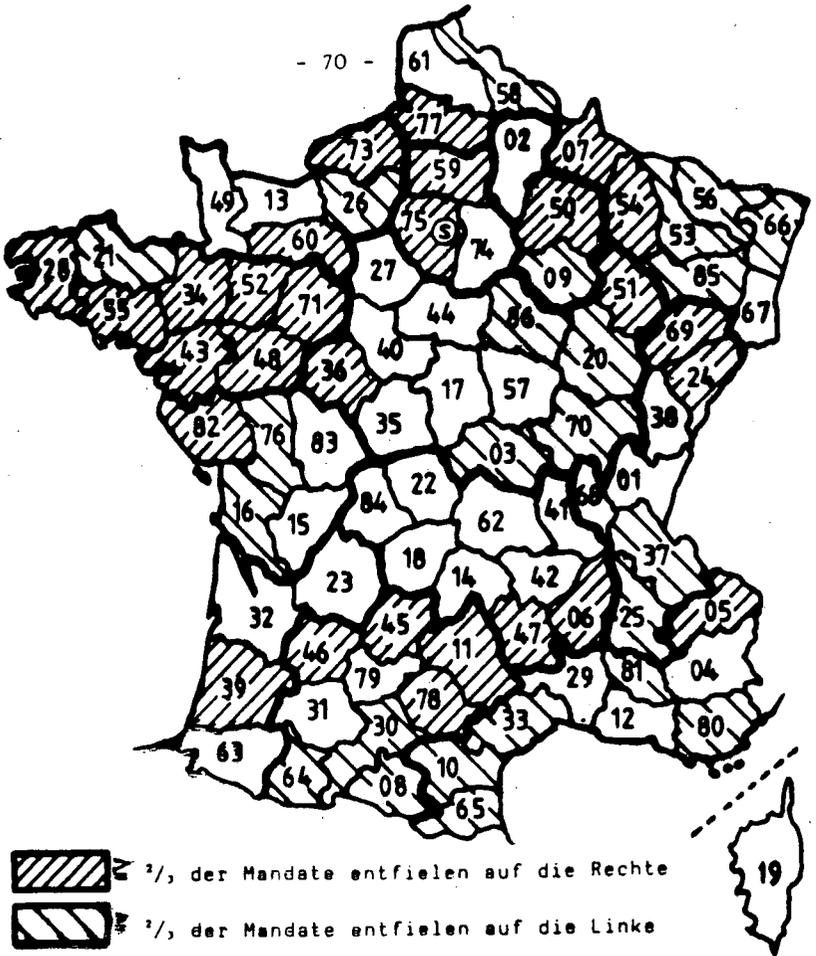
Um aus den ursprünglich 46 Indikatoren übergreifende Indices zur Messung von Disparitäten regionaler Wirtschafts- und Sozialstrukturen zu gewinnen, haben wir die Faktorenanalyse eingesetzt (orthogonale Lösung). Es wurden 10 Faktoren extrahiert, die strukturelle Eigenschaften der Departements wie Urbanisierung (erklärte Varianz: 27,3 %), "Besatz" mit Angehörigen des Staatsdienstes (9,4 %), Siedlungsstruktur (7,9 %), "Wohlstand" (6,8 %), Dominanz landwirtschaftlicher Groß- (5,2 %) und Kleinbetriebe (4,7 %), Schülerquote (4,3 %),

Tabelle 13: Der Zusammenhang zwischen Wahldepartement und politischer Richtung

Wahldepartement	Politische Richtung			Wahldepartement	Politische Richtung		
	N		N		N		N
	Rechts	Links			Rechts	Links	
AIN	4	5	9	LOT	5	2	7
AISNE	10	4	14	LOT-ET-GARONNE	6	2	8
ALLIER	-	8	8	LOZÈRE	3	1	4
ALPES (BASSES)	3	2	5	MAINE-ET-LOIRE	11	2	13
ALPES (HAUTES)	3	-	3	MANCHE	8	7	15
ARDÈCHE	6	2	8	MARNE	6	2	8
ARDENNES	7	2	9	MARNE (HAUTE)	6	2	8
ARRIÈGE	2	5	7	MAYENNE	7	2	9
AUBE	1	5	6	MEURTHE	1	10	11
AUDE	1	6	7	MEUSE	6	3	9
AVEYRON	8	2	10	MORBIHAN	12	-	12
BOUCHES-DU-RHONE	5	6	11	MOSELLE	4	8	12
CALVADOS	7	6	13	NIÈVRE	5	3	8
CANTAL	3	4	7	NORD	4	25	29
CHARENTE	5	4	9	OISE	8	2	10
CHARENTE (INFER.)	3	11	14	ORNE	8	3	11
CHER	4	3	7	PAS-DE-CALAIS	7	10	17
CORRÈZE	3	5	8	PUY-DE-DÔME	7	7	14
CORSE	3	3	6	PYRÉNÈES (BASSES)	6	5	11
CÔTE-D'OR	2	8	10	PYRÉNÈES (HAUTES)	-	6	6
CÔTES-DU-NORD	5	12	17	PYRÉNÈES (ORIENT.)	1	5	6
CREUSE	4	3	7	RHIN (BAS)	1	14	15
DORDOGNE	7	5	12	RHIN (HAUT)	5	7	12
DOUBS	5	2	7	RHÔNE	5	9	14
DRÔME	2	6	8	SAÔNE-(HAUTE)	6	3	9
EURE	4	8	12	SAÔNE-ET-LOIRE	2	12	14
EURE-ET-LOIR	4	8	7	SARTHE	8	4	12
FINISTÈRE	11	3	14	SEINE (PARIS)	14	19	33
GARD	6	4	10	SEINE (INFERIEURE)	16	5	21
GARONNE (HAUTE)	4	8	12	SEINE-ET-MARNE	5	4	9
GERS	3	5	8	SEINE-ET-OISE	9	3	12
GIRONDE	9	5	14	SÈVRES (DEUX)	1	7	8
HÉRAULT	3	7	10	SOMME	14	-	14
ILE-ET-VILAINE	13	1	14	TARN	10	-	10
INDRE	4	4	8	TARN-ET-GARONNE	4	3	7
INDRE-ET-LOIRE	8	1	9	VAR	3	6	9
ISÈRE	1	14	15	VAUCLUSE	1	5	6
JURA	5	4	9	VENDÉE	8	1	9
LANDES	5	2	7	VIENNE	4	4	8
LOIR-ET-CHER	4	3	7	VIENNE (HAUTE)	3	5	8
LOIRE	5	6	11	VOSGES	3	8	11
LOIRE (HAUTE)	4	5	9	YONNE	3	7	10
LOIRE (INFER.)	11	2	13	ALGERIE	3	1	4
LOIRET	3	5	8	ÜBERSEEISCHE BESITZUNGEN	2	6	8
Insgesamt	461	449	(910)	Insgesamt	449	461	(910)

Anteil der Freiberufler und Kleriker (3,6 %), Anteil der Mediziner (3,4 %) und der im industriellen Sektor Beschäftigten (3,1 %) erfassen. Um die Zusammenhänge zwischen den Strukturvariablen einerseits und den regional differenzierten politischen Orientierungen der Abgeordneten andererseits aufzudecken, haben wir eine schrittweise Regressionsanalyse durchgeführt. Als unabhängige Variablen wurden die aus den ökologischen Daten gewonnenen Faktorwerte, als abhängige Variable der Prozentanteil rechter Abgeordneter je Departement eingesetzt.

Die Erklärungskraft der ökologischen Daten ist mit insgesamt 13,6 % erklärter Varianz gering. Mit einem BETA-Werk von $-0,2$ hat der Faktor "Dominanz landwirtschaftlicher Kleinbetrieb" das relativ größte Gewicht. Das heißt konkret, daß der Anteil rechter Abgeordneter in Departements mit geringem Anteil landwirtschaftlicher Kleinbetriebe tendenziell hoch war. Dieser Befund sollte jedoch angesichts des insgesamt schwachen Zusammenhangs nur mit Vorsicht inhaltlich interpretiert werden und vermag kaum zur Erklärung der Regionalisierung politischer Orientierungen von Abgeordneten beizutragen (R^2 change = $0,04$). (43) Angesichts dieses Ergebnisses liegt der Einwand nahe, daß die geringe Erklärungskraft der ökologischen Daten ihrem Unvermögen zuzuschreiben ist, politikrelevante Aspekte regionaler Wirtschafts- und Sozialstruktur zu erfassen. Dieser Vorbehalt hat auch den theoretischen Aspekt, daß wirtschafts- und sozialstrukturelle Disparitäten nicht eo ipso mit Interessenkonflikten gleichgesetzt werden dürfen, daß eine Interessendifferenzierung vielmehr die "kulturelle Definition einer Situation" voraussetze. (44) Dieser gewichtige Einwand scheint jedoch im gegebenen Fall nicht zuzutreffen. Wenn wir die abhängige Variable "Prozentanteil rechter Abgeordneter" durch den von Louis-Napoléon in der Präsidentschaftswahl erreichten Stimmenanteil ersetzen, steigt die Erklärungskraft der ökologischen Variablen auf beachtliche 57,1 %. Dieses, trotz der zeitlichen Nähe überraschend deutlich von dem Befund für die Abgeordneten der Nationalversammlung abweichende Ergebnis kann hier nicht weiter inhaltlich interpretiert werden. In unserem Zusammenhang muß es genügen, auf die wichtige Implikation hinzuweisen, daß die ökologischen Daten tatsächlich politikrelevante Aspekte regionaler Kontexte erfassen, und der geringe Beitrag, den sie zur Erklärung der regionalen Differenzierung politischer Lager in der Nationalversammlung leisten, keine Folge mangelnder Indikatorenqualität ist. Offenbar ist die Annahme, die mehr oder weniger amorphen politischen Orientierungen der Abgeordneten hätten direkt die regionalen Disparitäten der Sozial- und Wirtschaftsstruktur reflektiert, zu einfach, um die tatsächlich komplizierteren Vermittlungsprozesse zu erfassen. Andererseits sind, wie Tabelle 13 ausweist, beide politischen Lager zu deutlich auf Hochburgen in bestimmten Departements konzentriert, als daß wir unterstellen könnten, die Abgeordneten hätten abgelöst von regionalen Bezügen gehandelt. Hier stellt sich die Frage, auf welche Ursachen diese deutliche Regionalisierung der politischen Strukturen zurückzuführen ist, die sich so markant von dem eher unklaren Bild unterscheidet, das die Analyse der Beziehungen zwischen Soziallage und politischen Orientierungen der Abgeordneten geliefert hat. Einen ersten Hinweis gibt ein Blick auf die politische Topographie Frankreichs im Untersuchungszeitraum: Die Verteilung der Hochburgen beider politischen Lager folgt in groben Zügen den Grenzen der Landschaften des Ancien Régimes.



 2/3 der Mandate entfielen auf die Rechte
 2/3 der Mandate entfielen auf die Linke

Linke Departements	Rechte Departements	Indifferente Departements
03 Allier	05 Alpes (Hautes)	01 Ain
08 Arras	04 Ardèche	02 Aisne
09 Aube	07 Ardennes	04 Alpes-Basses
10 Aude	11 Aveyron	12 Bauges-du-Rhône
16 Charente-Inf.	24 Bouches	13 Calvados
20 Côte-D'Or	28 Finistère	14 Cantal
21 Côte-Du-Nord	34 Ille-de-Vallaine	15 Charente
25 Brême	36 Indre-et-Loire	17 Cher
26 Eure	39 Landes	18 Corrèze
30 Garonne (Haute)	43 Loire-Inferieure	19 Corse
33 Hérault	45 Lot	22 Creuse
37 Indre	46 Lot-et-Garonne	23 Dordogne
53 Meurthe et Moselle	47 Mosere	27 Eure-et-Loir
56 Moselle	48 Maine-et-Loire	29 Gard
58 Nord	50 Marne	31 Gers
64 Pyrénées (Haute)	51 Marne (Haute)	32 Gironda
65 Pyrénées (Orient)	52 Mayenne	35 Indre
66 Rhin (Bas)	54 Meuse	38 Jura
70 Saône-et-Loire	55 Morbihan	40 Loir-et-Cher
76 Sèvres (Deux)	59 Oise	41 Loire
80 Var	40 Orne	42 Loire (Haute)
81 Vaucluse	49 Saône (Haute)	44 Loiret
85 Vosges	71 Sarthe	49 Manche
86 Yonne	75 Seine-Inferieure	57 Nièvre
88 Oberseeische Bes.	75 Seine-et-Oise	61 Pas-de-Calais
	77 Somme	
	78 Tarn	
	82 Vendée	
	87 Algérie	

Die Zentren der Linken lagen im Süden Frankreichs (Provence, Languedoc, Roussillon, Foix) in der Bourgogne, im Bereich der Gironde-Mündung, in Flandern, im Elsaß und in Lothringen, die der Rechten in der Bretagne und in angrenzenden Gebieten (Anjou, Maine, Vendée, Normandie) am südlichen Rand Zentralfrankreichs, im Pariser Becken, der Picardie, dem Artois und der Champagne. Das übrige Zentralfrankreich war tendenziell indifferent, entsandte also Delegationen, in denen weder Abgeordnete der Rechten noch solche der Linken eindeutig dominierten.

Mit aller gebotenen Vorsicht schlagen wir vor, dieses Muster geographischer Verteilung der politischen Lager als Ausdruck eines Zentrum-Peripheriekonflikts zu deuten, dessen historische Wurzeln in die Formationsphase des französischen Staates während des Ancien Régimes zurückreichen. Folgt man dieser Interpretation, dann hätte die Herkunft aus jenen Peripherien, die relativ spät in den Staatsverband integriert wurden, über lange Zeit eine gewisse administrative Eigenständigkeit bewahrt hatten und/oder in den konfessionellen Konflikten des 17. Jahrhunderts Zentren des protestantischen Widerstandes waren (Deux-Sèvres, Charente Inférieure) eine Affinität gegenüber der Linken begründet, während die Herkunft aus den Kerngebieten der alten Monarchie die Übernahme rechter Positionen begünstigte. Als Träger der Vermittlung politischer Traditionen lassen sich die regionalen Führungsgruppen denken, die - wie man weiß - bei der Aufstellung der Kandidatenlisten in den Departements eine zentrale Rolle spielten und auch auf das Verhalten der Abgeordneten in Paris auf vielfältige Weise einwirkten. (45) Gegen diese Interpretation sprechen allerdings zwei gewichtige Argumente:

1. In der herkömmlichen Einschätzung würde die republikanische Linke eher als Trägerin der zentralistischen Staatsidee betrachtet, während die Rechte vom Lokalismus und Regionalismus der Provinz profitiert habe. (46) Die Umkehrung dieser traditionellen Verteilung politischer Positionen vollzog sich nach dieser Sicht erst in der Gegenwart, in der vor allem die Sozialisten die Forderung nach Dezentralisierung und regionaler Autonomie in ihr Programm aufnahmen. Sollten sich diese "modernen" Forderungen mit stabilen Mustern der politischen Topographie Frankreichs verbinden lassen, wäre dies ein einigermaßen überraschendes Ergebnis. Empirisch fundiert würde eine solche Verknüpfung durch den Nachweis einer Konstanz der geographischen Verteilung politischer Lager, für dessen Gelingen einiges spricht, und die Aufdeckung einer regionalistischen Tradition in der politischen Praxis der Linken, für die es bislang kaum Anhaltspunkte gibt.

2. Der Befund für eine Reihe von Departements läßt sich mit der hier vorgeschlagenen Deutung nur schwer in Einklang bringen. Die wichtigste Abweichung ist die Bretagne, die erst spät an die französische Krone fiel und bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts eine relative administrative Autonomie bewahrte. Dennoch dominierte hier mit Ausnahme des Departements Côtes-du-Nord die Rechte. Zwar läßt sich als eine mögliche Begründung für die Sonderstellung der Bretagne das hier besonders große politische Gewicht des Adels und des Klerus anführen (47), doch ist es methodisch problematisch, durch vorschnelle Einführung von Zusatzannahmen eine Hypothese zu immunisieren, bevor sie voll entwickelt durch weitere empirische Evidenz bestätigt wurde. Beim jetzigen Stand der Forschung kann sie nicht mehr sein als ein Deutungsvorschlag und ein Anstoß für weiteren Untersuchungen.

Festzuhalten bleibt jedoch, daß sich beide politischen Lager auf geographische Schwerpunkte konzentrierten, deren Verteilung nicht durch regionale Disparitäten der Sozial- und Wirtschaftsstruktur sondern am ehesten durch die fortdauernde politische Bedeutung der administrativen und kulturellen Territorialstruktur des Ancien Régimes erklären läßt.

Betrachtet man die hier vorgestellten Ergebnisse im Zusammenhang, dann wird zunächst deutlich, daß das Konzept der "Gegenelite" für die Erklärung von Prozessen der Elitentransformation und der Formierung von Fronten des Elitenkonflikts im Frankreich der Jahre 1848/49 nur eine begrenzte Gültigkeit hat. Zwar schlossen sich Abgeordnete adeliger Herkunft, Inhaber administrativer Spitzenpositionen und exponierte politische Funktionsträger der Julimonarchie überwiegend der Rechten, Abgeordnete aus unteren Statusgruppen, Intellektuelle ohne feste Bindungen an die Oberschicht und die von den politischen Restriktionen der Julimonarchie besonders betroffenen Mandatsträger tendenziell der Linken an, doch werden beide Flügel der Nationalversammlung durch solche Unterschiede in der Zusammensetzung nicht zureichend charakterisiert. Die Mehrzahl der Abgeordneten der Rechten wie der Linken rekrutierten sich vielmehr aus den gleichen Gesellschaftsformationen und unterschieden sich auch kaum im Hinblick auf politische Erfahrungen unter der Vorgängerregimen der II. Republik. Weder der "interessentheoretische" noch der "sozialisationstheoretische" Ansatz bieten also eine hinreichende Erklärung für die Formierung politischer Konfliktfronten in der Nationalversammlung. In einem anderen Zusammenhang haben wir ermittelt, daß beide Ansätze jeweils bescheidene 10 und 13 % der Varianz der abhängigen Variable "politische Richtung" erklären. (48) Den größten Einfluß auf das politische Verhalten hatte nach dieser Untersuchung die regionale Herkunft; ein Ergebnis, das auch in den hier vorgestellten Daten zum Ausdruck kommt. Dieser Befund deutet daraufhin, daß der "repräsentationstheoretische" Ansatz mit mehr Aufmerksamkeit bedacht werden sollte, als ihm bisher durch die auf Schicht- und Klassenstrukturen politischer Führungsgruppen fixierte Forschung zuteil wurde. Die Frage, welche regionalen Bezüge in welcher Weise auf der Ebene parlamentarischen Entscheidungshandelns wirksam wurden, läßt allerdings keine einfache Antwort zu. Die Annahme, daß die politischen Orientierungen der Abgeordneten direkt die regionalen Disparitäten der Sozial- und Wirtschaftsstruktur reflektiert hätten, wurde jedenfalls nicht bestätigt. Auch der Hinweis auf einen Zentrum-Peripheriekonflikt, der in den historischen Bedingungen der Staatswerdung Frankreichs begründet ist, kann beim jetzigen Stand der Forschung nicht mehr sein als ein Anhaltspunkt für weitere Untersuchungen, die den Regionalbezug parlamentarischen Entscheidungshandelns im konkreten Einzelfall rekonstruieren. Doch selbst unter Einbeziehung der regionalen Herkunft "erklären" sozialdemographische Variablen Unterschiede politischer Orientierungen der Abgeordneten nur zu rund 22 %. Die Bedeutung sozialer Prädisponierungen sollte also nicht überschätzt werden. Eine Interpretation, die Konfliktfronten in der Nationalversammlung auf eine politische Manifestation unterschiedlicher Interessenbindungen, Sozialisationserfahrungen und Regionalbezüge reduziert, wäre verfehlt. Offenbar waren die Einflüsse des engeren parlamentarischen Kräftefeldes bedeutsamer und die individuellen Handlungsspielräume der Abgeordneten größer, als dies Theorien einer externen sozialen Steuerung parlamentarischen Entscheidungshandelns erfassen können.

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Harold D. Lasswell, *The Elite Concept*, in: ders. u.a. (Hrsg.), *The Comparative Study of Elites. An Introduction and Bibliography*, Stanford/Cal. 1952, S. 6-21.
- 2 Dietrich Herzog, *Politische Führungsgruppen*, Darmstadt 1982, S. 21.
- 3 Ebd., S. 22.
- 4 Vgl. u.a. Suzanne Keller, *Beyond The Ruling Class*, New York 1963.
- 5 Ekkart Zimmermann, *Krisen, Staatsstrieche und Revolutionen. Theorien, Daten und neuere Forschungsansätze*, Opladen 1981, S. 142.
- 6 Dolf Sternberger u. Bernhard Vogel (Hrsg.), *Die Wahl der Parlamente*, Bd. 1: Europa, Berlin 1969, S. 458.
- 7 Maurice Agulhon, *1848 on l'apprentissage de la république 1848-1852*, Paris 1973, S. 52 f.
- 8 Duncan MacRae Jr., *Issues and Parties in Legislative Voting. Methods of Statistical Analysis*, New York u.a. 1970, S. 1-7.
- 9 Heinrich Best, *Recruitment, Careers and Legislative Behavior of German Parliamentarians, 1848-1953*, in HSR, H. 23 (1982), S. 20-54.
- 10 ders., *Kontinuität und Wandel parlamentarischer Repräsentation in Frankreich 1848/49*, erscheint in *FRANCIA*, Bd. 11 (1984).
- 11 ders., *Biographie und politisches Verhalten: Determinanten parlamentarischen Entscheidungsverhaltens im 19. und frühen 20. Jahrhundert*, Vortrag vor dem 34. Deutschen Historikertag, Münster 1982.
- 12 Adolphe Robert u. Gaston Cougny, *Dictionnaire des parlementaires français*, t. 1-3, Paris 1889-1891; fortgesetzt bis in die IV. Republik von A. Jolly.
- 13 André-Jean Tudesq, *Les grands notables en France (1840-1849). Etude historique d'une psychologie sociale*, t. 2, Bordeaux 1963, S. 1141-1144.
- 14 Ebd., S. 1142.
- 15 Ebd.
- 16 George W. Fasel, *Die französischen Wahlen vom 23. April 1848: Vorschläge für eine revidierte Interpretation*, in: Horst Stuke u. Wilfried Forstmann (Hrsg.), *Die europäischen Revolutionen von 1848*, Königstein/Ts. 1979, S. 112.
- 17 Charles Seignobos, *La Révolution de 1848. Le second empire (1848-1859)*, Bd. IV der *Histoire de la France Contemporaine depuis la révolution jusqu'à la paix de 1919*, Paris 1921, S. 114.
- 18 Dies gilt insbesondere für die von Seignobos rekonstruierten Stärkeverhältnisse politischer Gruppierungen in der Nationalversammlung. Vgl. ebd., S. 82 f. und Fasels Kritik, S. 110 ff.
- 19 Tudesq, S. 1038.
- 20 Fasel, S. 111 f.

- 21 Lediglich Tudesq hat zur Ermittlung der regionalen Verteilung von Hochburgen der Konservativen 14 namentliche Abstimmungen manuell ausgewertet. Fasel lehnt das Verfahren der Abstimmungsanalyse wegen seiner angeblichen Undifferenziertheit und der niedrigen Partizipationsraten bei namentlichen Abstimmungen in der Nationalversammlung zur Bestimmung der politischen Positionen von Abgeordneten grundsätzlich ab (S. 112); eine Fehleinschätzung, die nur mit seiner Unkenntnis des methodischen Repertoires und Erkenntnispotentials der Abstimmungsanalyse zu erklären ist.
- 22 Vgl. u.a. A. Raginel, Histoire des votes des représentants du peuple dans nos Assemblées Nationales depuis la Révolution de Février 1848, Paris 1848 und den Moniteur Universel der Jahrgänge 1848 und 1849.
- 23 Vgl. Heinrich Best, Die Abgeordneten der Assemblée Nationale Constituante. Sozialprofil und legislatives Verhalten (Datenhandbücher für die historische Sozialforschung, Bd. 2), Köln 1983, S. 70.
- 24 Vgl. Erwin K. Scheuch u. Helmut Zehnpfennig, Skalierungsverfahren in der Sozialforschung, in: René König (Hrsg.), Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. 3a, Stuttgart 19743, S. 168.
- 25 Best, Recruitment, S. 43.
- 26 Ebd., S. 44.
- 27 MacRae, S. 91 ff.
- 28 Karl Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, in: Karl Marx u. Friedrich Engels, Ausgewählte Werke in sechs Bänden, Bd. 2, Frankfurt a. Main, S. 66, vgl. auch Agulhon, S. 89 f.
- 29 Ebd.
- 30 Marx, Klassenkämpfe, S. 66 ff.
- 31 Ders., Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Karl Marx u. Friedrich Engels, Ausgewählte Werke in sechs Bänden, Bd. 2, Frankfurt a. Main, S. 340.
- 32 Vgl. Agulhon, S. 21 f.
- 33 Vgl. Paul Gerbod, La Condition universitaire en France au 19e siècle, Paris 1965.
- 34 Lasswell, S. 17.
- 35 Marx, Klassenkämpfe, S. 67 f.
- 36 Vgl. u.a. Walter Schmidt, Zur Rolle der Bourgeoisie in den Revolutionen von 1789 und 1848, in: ZFG, Bd. 21 (1973), S. 301-320.
- 37 Agulhon, S. 29 f.
- 38 Moshe M. Czudnowski, Political Recruitment, in: Fred J. Greenstein u.a. (Hrsg.) Handbook of Political Science, Bd. 2 (Micropolitical Theory), Reading/Mass. 1975, S. 204-209.
- 39 Best, Abgeordnete, S. 23-25.
- 40 Mattei Dogan, Les filières de la carrière politique en France, in: Revue française de Sociologie, Vol. 8, No. 4 (1967), S. 469.

- 41 Best, Kontinuität.
- 42 Vgl. Thomas D. Beck, French Legislators, 1800-1834. A Study in Quantitative History, Berkeley/Cal. u.a. 1974, S. 44 ff., S. 108 ff.
- 43 Es scheint sich allerdings um einen relativ stabilen Zusammenhang zwischen Agrarstruktur und politischer Topographie zu handeln: für die Wahlen zur Gesetzgebenden Nationalversammlung 1849 haben Hervé le Bras und Emanuel Todd in spiegelbildlicher Umkehrung unseres Befundes eine positive Beziehung zwischen dem Anteil der selbständigen Landwirte (paysans propriétaires) und dem Stimmenanteil der Linken ermittelt; L'invention de la France, Paris 1981, S. 343 ff.
- 44 Vgl. M. Rainer Lepsius, Soziale Ungleichheit und Klassenstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland. Lebenslagen, Interessenvermittlung und Wertorientierungen, in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Klassen in der europäischen Sozialgeschichte, Göttingen 1979, S. 193 ff.
- 45 Tudesq, S. 1054 ff.
- 46 Vgl. zuletzt Dieter Langewiesche, Europäische Liberale in den Revolutionen von 1848. Gesellschafts- und Verfassungspolitische Zielvorstellungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 22. Mai 1982, S. 27 ff.
- 47 Tudesq, S. 1058 f.
- 48 Best, Biographie.